

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung: Kreisblatt für 1893 unter Nr. 6700

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgrößte Zeitung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Sprech-Insler, Amt 1, Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 4. März 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Kann Europa abrüsten?

IV.

Wir behalten uns vor, weiterhin die Frage zu untersuchen, ob ein solcher Vorschlag auf allgemeine, gleichmäßige und stufenweise Herabsetzung der Dienstzeit durch internationalen Vertrag Aussicht auf Annahme hat. Wir wollen einstweilen von der Voraussetzung ausgehen, er sei angenommen worden. Wird er dann vom Papier in die Wirklichkeit überführt, wird er von allen Seiten ehrlich durchgeführt werden?

Im Ganzen und Großen sicher. Erstens wird sich eine irgendwie der Mühe werthe Umgehung nicht verheimlichen lassen. Zweitens aber werden schon die Bevölkerungen selbst für die Ausführung sorgen. Kein Mensch bleibt freiwillig in der Kaserne, wenn er über die gesetzliche Zeit dort behalten wird.

Was die einzelnen Länder angeht, so werden Oesterreich und Italien, sowie die Staaten zweiten und dritten Ranges, die die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, einen solchen Vertrag als eine befreiende That begrüßen und mit Vergnügen buchstäblich einhalten. Ueber Russland werden wir im nächsten Artikel sprechen. Wie aber steht es mit Frankreich? Und Frankreich ist hier unbedingt das entscheidende Land.

Hat Frankreich den Vertrag einmal unterzeichnet und ratifiziert, dann ist kein Zweifel, daß es ihn im Ganzen und Großen wird halten müssen. Wir wollen aber zugeben, daß die in den bestehenden Klassen und in dem noch nicht sozialistischen Theil der Arbeiterklasse bestehende Revanchestimmung momentan die Oberhand bekommen und direkte oder auf Wortklauberi begründete Ueberschreitungen der Vertragsgrenzen herbeiführen kann. Ueberschreitungen können aber nie von Bedeutung sein, denn sonst würde man in Paris vorziehen, den Vertrag zu kündigen. Bei solchen kleinen Ueberschreitungen aber ist Deutschland in der glücklichen Lage, großmüthig ein Auge zudrücken zu können. Trotz aller sehr anerkennenswerthen Anstrengungen Frankreichs, eine Wiederholung der Niederlage von 1870 unmöglich zu machen, ist ihm Deutschland noch um weit mehr voraus als sich auf den ersten Blick zeigt. Erstens ist da der mit jedem Jahr wachsende Ueberschuß der Bevölkerung Deutschlands, der jetzt schon über zwölf Millionen beträgt. Zweitens der Umstand, daß in Preußen das gegenwärtige Militärsystem schon seit über siebzig Jahren besteht, daß es bei der Bevölkerung sich eingelebt hat, daß es bei einer langen Reihe von Mobilmachungen in allen Details erprobt worden, daß alle dabei vorkommenden Schwierigkeiten und die Art ihrer Ueberwindung praktisch durchgemacht und bekannt sind — Vortheile, die auch den übrigen deutschen Heereskörpern zu gute kommen. In Frankreich dagegen muß die erste allgemeine Mobilmachung noch probirt werden, und das bei einer für diesen Zweck viel

verwickelteren Organisation. Drittens aber ist in Frankreich die undemokratische Einrichtung der Einjährig-Freiwilligen auf unüberwindliche Hindernisse gestoßen; die dreijährigen Soldaten haben die einjährigen Privilegiten einfach aus der Armee herausgeholt. Dies beweist, wie tief das öffentliche politische Bewußtsein und die von ihm gebildeten politischen Institutionen Deutschlands unter denen Frankreichs stehen. Was aber politisch ein Mangel, ist in diesem Fall militärisch ein Vortheil. Es ist außer allem Zweifel, daß kein Land, im Verhältnis zur Bevölkerung, eine solche Menge junger Leute durch seine Mittel- und Hochschulen schickt, wie gerade Deutschland, und da bietet das Institut der Einjährig-Freiwilligen, undemokratisch und politisch verwerflich wie es ist, der Heeresleitung ein vortreffliches Mittel, die Mehrzahl dieser, in allgemeiner Hinsicht schon genügend vorgebildeten jungen Leute auch militärisch zum Offiziersdienst auszubilden. Der Feldzug von 1866 brachte dies zuerst zur Anschauung, seitdem aber, und besonders seit 1871 ist diese Seite der kriegerischen Stärke Deutschlands ganz besonders, fast bis zum Ueberschuss gepflegt worden. Und wenn auch unter den deutschen Reserve-Offizieren so viele neuerdings ihr Möglichstes gethan haben, ihren Stand lächerlich zu machen, so ist doch kein Zweifel, daß sie, in der Masse genommen, ihren französischen Berufsgenossen, Mann gegen Mann, in militärischer Beziehung überlegen sind, und, was die Hauptsache, daß Deutschland unter seinen Reservisten und Landwehrmännern einen weit höheren Prozentsatz von zum Offiziersdienst qualifizierten Leuten besitzt, als irgend ein anderes Land.

Dieser eigenthümliche Reichtum an Offizieren befähigt Deutschland, im Augenblick der Mobilmachung eine unverhältnismäßig größere Zahl von bereits im Frieden vorbereiteten Reformationen aufzustellen als irgend ein anderes Land. Nach der — soviel ich weiß — sowohl im Reichstag wie in der Militärkommission unwiderprochen gebliebenen Behauptung Richter's („Freisinnige Zeitung“, 26. November 1892) wird jedes deutsche Infanterieregiment ein mobiles Reserveregiment, zwei Landwehrbataillone und zwei Ersatzbataillone für den Krieg zu stellen im Stande sein. Also je drei Bataillone liefern zehn, oder die 519 Bataillone der 173 Friedensregimenter verwandeln sich im Krieg in 1730 Bataillone, wobei noch Jäger und Schützen unzurechnet sind. Und das in einer so kurzen Zeit wie kein anderes Land dies nur annähernd erreichen kann.

Die französischen Reserveoffiziere, wie mit einer von ihnen zugab, sind weit weniger zahlreich; sie sollen aber ausreichen um die Kadres der nach amtlichen Veröffentlichungen vorgesehenen Reformationen zu füllen. Dazu gestand der Mann, daß die Hälfte dieser Offiziere nicht viel tauge. Die fraglichen Reformationen reichen aber nicht entfernt an das, was nach dem Gesagten Deutschland zu leisten im Stande ist. Und dann sind die Offiziere, die Frankreich stellen kann, sämmtlich verwendet, während Deutschland deren noch immer übrig behält.

In allen früheren Kriegen fehlten nach ein paar Monaten Feldzug die Offiziere. Bei allen andern Ländern wird das auch jetzt noch der Fall sein. Deutschland allein ist an Offizieren unerschöpflich. Und da sollte es den Franzosen nicht durch die Finger gehen können, wenn sie ihre Leute hier und da zwei bis drei Wochen über die Vertragszeit exerziren lassen?

Friedrich Engels.

Die Baumwollenproduktion in den Vereinigten Staaten.

Darüber sind zwei Jahresbulletins erschienen, welche zwar noch nicht die definitiven Zahlen enthalten, aber doch bereits einen interessanten Einblick in die Entwicklung gewähren. Es betrug die Zahl der Ballen in

	1859	1869	1879	1889
Nord-Carolina	145 514	144 935	989 598	330 245
Süd-Carolina	353 412	224 500	522 588	746 798
Georgia	701 840	473 934	814 441	1 191 919
Florida	65 153	89 789	54 997	57 928
Louisiana	296 464	181 842	330 621	189 072
Alabama	989 955	429 482	699 654	915 414
Mississippi	1 202 507	564 938	963 111	1 154 406
Texas	777 738	950 832	508 569	659 883
Arkansas	367 993	247 968	608 256	691 423

Summa 5 000 978 2 658 220 4 891 795 5 942 788

Der furchtbare Rückgang im Jahre 1889 erklärt sich aus den Folgen des Bürgerkrieges. Die ungesunde und mühsame Arbeit in den Baumwollen-Plantagen wurde von Negerflauen geleistet. Die Staaten mit vorherrschender Negerarbeit waren naturgemäß freihändlerisch, da eine industrielle Verarbeitung der Rohstoffe durch Negerarbeit nicht möglich ist und diese Staaten also auf ein Industrieland mit freier Arbeit angewiesen waren, welches ihre Rohstoffe verarbeitete. Die Nordstaaten, welche sich zu einem Lande nach dem Herzen Friedrich List's, resp. Hamilton's, den List ausgeschrieben hatte, entwickeln konnten und wollten, waren schutzdönerisch, weil sie eine einheimische Industrie zu schaffen gedachten. Bekanntlich fielen dann die Nordstaaten unter dem Vorwand der Negerbefreiung über die Sklavenstaaten her, besiegten sie und schafften die Sklaverei ab, wodurch sie die Plantagenbesitzer, deren Vermögen zum größten Theil in Sklaven steckte, ruinirten. Das war ein Eingriff in die Heiligkeit des Eigenthums, wie wir Sozialdemokraten ihn auch nicht stärker machen werden. Die Farmen wurden zum Theil verlassen und kamen zum Theil zu Spottpreisen unter den Hammer. Die befreiten Sklaven brauchten nun jetzt nicht mehr so viel zu arbeiten wie früher, denn in diesen glücklichen südlichen Gegenden fehlt das ökonomische Aegens der nördlichen Gegenden, der Hunger. Für ein paar in kurzer Zeit gesparte Dollar kann sich der Neger ein Stückchen Land kaufen, auf dem er sich eine Hütte baut, und das er mit Mais besät; seine sonstigen Bedürfnisse beschränken sich etwa auf einen Zylinderhut und ein paar Papiermanschetten und Papiertragen; das Geld dafür kann er sich durch ein paar Tage Arbeit im Jahre verdienen, die übrige

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

130

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Sina und Andrej beschreiben um diesen Platz in der angrenzenden Straße einen Kreis und tauchten an der Mündung der Straße, wo der Wagen halten sollte, wieder auf. Das Ganze konnte von hier aus übersehen werden.

„Beobachten Sie nur die Situation im allgemeinen,“ sagte Sina. „Sie brauchen weder die Stufen zu zählen noch die Entfernung abzumessen; Wassilij hat dies bereits mehrmals gethan. Er wird Ihnen alles sagen.“

Die für Wassilij's Wagen gewählte Stelle befriedigte ihn, oder richtiger gesagt, sie erschien ihm als die einwandfreieste.

Sie lag eher zu weit ab von der Oeffnung des unterirdischen Ganges, war aber durch Häuser vor dem Ausblick und vor etwaigen Schüssen von der Festung her geschützt. Die Straße eignete sich ebenfalls zu diesem Zwecke, denn selbst zur jetzigen frühen Stunde war keine lebende Seele zu bemerken.

Andrej sagte Sina, welchen Eindruck er empfangen habe. „Der schwache Punkt ist hier,“ sagte sie, auf eine elende Weinschenke, welche einige hundert Schritte entfernt lag, hinweisend. Die Nachbarschaft ist um Mitternacht eine Einöde, aber in dieser vertauselten Schenke trinkt man bis

gegen zwei Uhr. Sobald Alarm geschlagen wird, könnten die Kellner oder irgend ein alberner Gast herauskommen und Schwierigkeiten in den Weg legen.“

„Darüber seien Sie unbesorgt,“ sagte Andrej. „Ich nehme es auf mich, sie in Ordnung zu halten oder, wenn sie darauf bestehen, sich in Dinge einzumischen, die sie nicht angehen, mit ihnen abzurechnen. Ich würde sogar den Vorschlag machen, daß Wassilij etwas näher der Schenke steht, das würde natürlicher erscheinen. Ich werde am Ende der Straße auf der Lauer stehen und sobald ich die Flüchtlinge aus dem Gange kommen sehe, Wassilij ein Zeichen geben, weiter vorzufahren.“

Sie traten wiederum in die Nebenstraße und tauchten jetzt am anderen Theil des Gefängnisplatzes auf.

„Dies sind die Zellen der politischen Verbrecher,“ sagte sie, auf eine Fensterreihe des oberen Stockwerkes zeigend, von denen einige dunkel, andere innen spärlich beleuchtet waren.

„Können Sie mir das Fenster von Boris zeigen?“ fragte Andrej mit bewegter Stimme.

„Das siedete von der Erde an gezählt. Es ist beleuchtet; er muß jetzt lesen. Lewschin ist in der fünften, Klein in der dritten Zelle. Ihre Fenster sind dunkel, sie schlafen wohl schon. Sie müssen aber nicht so ungeschickt nach einem Gefängnisfenster schauen,“ sagte sie, ihn leise anstößend, hinzu; „die Wache sieht nach Ihnen.“

Andrej hatte nicht erwartet, Boris in dieser Nacht so nahe gerückt zu werden. Der Gedanke, daß sein Freund sich hinter diesem dünnen Glasfenster, im Bereich seiner Stimme, wenn auch nicht seiner Hand, befand, bewegte ihn außerordentlich. Der tolle Gedanke, Boris beim Namen anzurufen, durchfuhr für einen Moment sein Gehirn. Sina mußte ihn am Arme zupfen, um ihn fortzubringen.

Sie gingen schweigend dahin. Als das Gefängnis ziemlich weit hinter ihnen lag, fragte Andrej: „Kann er uns, wenn wir bei Tage vorbeigehen, sehen?“

„Nein,“ antwortete Sina. „Die Fenster liegen sehr hoch und sind weiß angestrichen, so daß es unmöglich ist, durchzusehen. Ich will ihm aber schreiben, daß wir Nacht an seinem Fenster vorbeigingen und Licht gesehen haben. Das wird ihn freuen.“

„Ich möchte ihm auch schreiben. Kann ich?“ fragte Andrej.

„O, gewiß; so oft Sie wollen. Ich kann ihm alles übermitteln; wir stehen in lebhafter Korrespondenz. Es hielt aber sehr schwer, seine Wächter zu gewinnen. Ich wäre zweimal fast selbst verhaftet worden. Ich hatte immer das Unglück, an die falschen Leute zu gerathen.“ Auf dem ganzen Rückwege bildete Boris ihr Gesprächsthema. Zu Hause angelangt, zeigte sie Andrej die Photographie ihres kleinen Sohnes Boris, welche sie vor einigen Tagen erhalten hatte.

„Ist er nicht reizend!“ sagte sie mit mütterlichem Stolz, indem sie ihm, ohne es aus der Hand zu lassen, das Bild eines Kindes mit dicken Hänchen, runden verwundernden Augen und offenem Munde hinhielt.

„Ein schönes Kind,“ sagte er. „Glauben sie nicht, daß es Boris sehr ähnlich sieht?“

„Genau dasselbe Gesicht,“ sagte Sina, sehr erfreut, dies von einem Anderen zu hören; „und er wird seiner Zeit auch ein ebenso guter Revolutionär wie sein Vater sein. Er ist erst ein Jahr und vier Monate alt und hat doch schon im Verhältnis seiner Kraft der Sache der Revolution geholfen.“ Sina erzählte, wie sie das damals erst neun Monate alte Kind nach Charkow mitgenommen hatte,

Zeit schenkt er einem dolco far niente. Da es infolgedessen an Arbeitern fehlt, so wird der Großgrundbesitz in diesen Staaten unrentabel, und es entwickelt sich ein Bauernstand, welcher die Baumwolle als „Handelsgewächs“ produziert, wie deutsche Bauern im Südwesten und Westen den Tabak und Hopfen. Leider ist die Statistik über den Umfang der Besitzungen noch nicht erschienen; aber schon bis 79 ließ sich diese Entwicklung nachweisen. — Merkwürdig ist der Rückgang der Produktivität. Die Zahl der Acker, die der Baumwollens-Produktion gewidmet ist, wird erst seit 1870 angegeben. Sie betrug danach 12 166 742 in den Staaten, welche oben angeführt sind. 1889 betrug sie 10 088 486. Dividirt man diese Zahlen durch die Summe der Ballen, so findet man, daß 1870 zu einem Ballen 2,6 Acker nötig waren, 1889 jedoch 2,7. Ob das von Erschöpfung des Bodens herrührt, oder von extensiverer Kultur, oder weil der bessere Boden anderweitig benutzt wird, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen.

Daß die Baumwollens-Produktion nicht härter gewachsen ist, wird sehr überraschen; sie hat sich in zehn Jahren nur um etwa 22 pCt. gesteigert. Das ist an sich zwar ganz respektabel, wenn man aber den Vergleich z. B. mit der Entwicklung der Eisenproduktion in den Vereinigten Staaten zieht, die um 100 pCt. gestiegen ist, sehr wenig. Die Ursache dürfte darin liegen, daß demnach die Grenzen erreicht sind, innerhalb deren sich die kapitalistische Waarenproduktion überhaupt ausbreiten kann, die Waarenproduktion, deren Konsumtion nicht bestimmt wird durch das fast unendliche Bedürfnis, sondern durch die Kaufkraft der Käufer, deren größter Theil, die Arbeiter, sich in einer Lage befinden, daß ihre Kaufkraft immer schwächer wird. Seit Sismondi haben bekanntlich eine Reihe Nationalökonomien die Abhängigkeit durch Unterkonsumtion infolge zu geringer Kaufkraft der Arbeiterklasse erklärt, und in der Fassung von Rodertus ist diese Ansicht noch heute weit verbreitet. Das ist nun unrichtig, denn die Abhängigkeit haben andere Gründe; aber allerdings muß die gegenwärtige Bewegung: Steigerung der produzierten Waarenmasse — gleichbleibender, resp. sinkender Lohn der als Käufer auftretenden Arbeiter, endlich einmal dazu führen, daß für die Erweiterung der Produktion kein Raum mehr ist, weil keine Käufer mehr für die produzierten Waaren vorhanden sind. Malhus, der berühmte Erfinder der Lohndruck, daß die Natur den Tisch nicht für alle gedeckt hat, rath deshalb den Kapitalisten, ja recht viel zu konsumieren, um diesen schrecklichen Moment möglichst hinauszuschieben. Für die heutige bürgerliche Nationalökonomie ist es bezeichnend, daß sie dem Problem gar nicht mehr ins Auge zu sehen mag. Solche Zahlen aber, wie die oben mitgetheilten, führen doch immer wieder auf diese Frage zurück. Ist doch auch die Baumwollens- und Garnproduktion Englands im letzten Jahrzehnt nur der Masse nach noch ein wenig größer geworden, während sie dem Werthe nach sogar abgenommen hat! Daß die kapitalistische Waarenproduktion sich dem kritischen Punkte nähert, tritt früher in einer Produktionsphase, wie der Baumwolle hervor, wie in der Eisenproduktion; jene gehört in die Konsumtionsmittel-Produktion, diese in die Produktionsmittel-Produktion; jene wird daher unmittelbar getroffen, diese nur mittelbar, wenn die Grenzen des möglichen Absatzes erreicht sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März.

Aus dem Reichstage. Der Etatsposten: Gehalt des Staatssekretärs der Reichspost brachte heute eine sehr animirte Debatte. Die Leser des „Vorwärts“ kennen die zahllosen Klagen der niederen Postbeamten, sie kennen auch den à la Stumm geführten Kampf der Reichspost-Verwaltung gegen den Verband der Postassistenten, und sie kennen vor allem auch die rücksichtslose und selbstbewußte Art, mit der der Postgewaltige Stephan jede Kritik gegen sein selbstherrliches Regiment als unbedeutend und auf falschen Inflationen beruhend, zurückweist. So geschah es auch heute wieder. Der Abgeordnete Volkmar brachte die im „Vorwärts“ veröffentlichten Zirkulare der Oberpostbehörden in Düsseldorf und Magdeburg, die sich speziell gegen den Assistentenverband richten, und noch manch anderes zur Sprache. In langer Rede erging sich darauf Herr von Stephan, theils in Selbstwehrlagerung, theils in dem „Nachweis“, daß der Herr Vorredner lauter falsche Angaben gemacht habe. Dabei mischten sich Nebenwendungen, welche bei Herrn von Stumm selbstverständlich sind, im Munde eines konstitutionellen Ministers sich aber mehr als sonderbar ausnehmen, — so z. B. die ewigen Versicherungen des „Wohlvollens“ für die niederen Beamten — mit Aeußerungen über die Gegner und speziell über die gegnerische Presse, wie wir sie in solchem Ton sonst nur von dem Fürsten Bismarck zu hören gewohnt waren. Diese Art der Polemik mußte allerdings auf jeden Unbetheiligten den Eindruck machen, daß der Herr Staatssekretär im Gefühle

als sie dort das Hauptquartier für die Verschwörer halten mußte.

Denn nicht,“ sagte sie lächelnd, „ist geeigneter, dem Hause einen friedlicheren und unschuldigeren Anstrich zu geben und jeden Verdacht fern zu halten, als die Gegenwart eines Kindes. Mein Voria leistete uns bei dieser Gelegenheit sehr gute Dienste. Jetzt sagen Sie mir, hat sich irgend einer von uns so früh wie er an die revolutionäre Arbeit gemacht? Sie sehen, er berechtigt zu schönen Hoffnungen.“

Andrej sprach die Hoffnung aus, daß Rußland, wenn das Kind herangewachsen sei, keiner Verschwörer mehr bedürfe.

„Und was haben sie jetzt mit dem Kinde gethan?“ fragte er.

Eine Wolke überzog das Antlitz des jungen Weibes. „Ich konnte es nicht bei mir behalten, da es im Falle meiner Verhaftung auch den Kerker hätte kosten müssen. Es wäre doch zu früh. Der Knabe befindet sich jetzt bei Boris' Mutter auf dem Lande. Sie lieben ihn sehr und berichten mir alles über ihn. Ich hoffe, es so einrichten zu können, daß ich ihn, nachdem unser Werk hier vollbracht ist, sehe.“

Sie saßen im Stuhlgang, in dem ein Bett für Andrej improvisirt war, und sprachen, nachdem Annie Wulitsch sich zurückgezogen hatte, bis tief in die Nacht hinein. Sie erwiderte sich nach Gregor, Tanya und Nepin. Sie bemerkte den sonderbaren Ton seiner Antworten über das Mädchen und forschte nach der Ursache. Sie standen auf so freundschaftlichem Fuße, daß eine derartige Frage berechtigt war. Andrej verneinte es aber, irgend ein Geständniß abzulegen, er konnte nicht leichtsin über seine Herzensangelegenheit sprechen, würde sich aber wiederum auch geschämt haben, einer Frau in Sina's Lage davon als von etwas Ernsthaftem gesprochen zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

der Schwäche seiner Gründe, das was denselben an Gewicht fehlte, durch Rauhheit der Form ersetzen wollte. Mit einigen Phrasen über die Nothwendigkeit der Disziplin entlockte der Redner zwar dem Chor der Landräthe auf der Rechten das süßliche Gewieher. — Daß aber seine Zeit doch vorbei ist, das konnte der einst vielgefeierte „Post-Reformator“ aus dem Schweigen der übrigen Parteien entnehmen. Der Vertreter einer großen Verwaltung, welche seit Jahren auf dem Gebiete der nothwendigsten Reformen — wir erinnern nur an die Forderung der Herabsetzung des Stadtposttarifs — sich vollständig unfruchtbar erweist, hat wirklich kein Recht berechnete Klagen in so hochtrabender Weise abzugeben. Wir bestreiten Herrn v. Stephan die Vorbeeren für die Jahre seiner reformatorischen Thätigkeit nicht; wir wünschen nur, daß er sich endlich entschließen möchte, auf diesen wohlverdienten Lorbeer sich auszurufen.

Recht glücklich — trotz der späten Stunde — antwortete dem Postgewaltigen unser Genosse Wurm. Derselbe geißelte besonders gewisse absolutistische Neigungen und zog einen recht geschickten Vergleich zwischen der berückeligen russischen 3. Abtheilung und der Abtheilung des gleichen Namens im Reichspost-Amt. Die Mittheilung, daß der Staatssekretär der Reichspost seinem Antrage auf Strafverfolgung des Hamburger „Echo“ die Bedingung angehängt habe, den Strafantrag nur zu erheben, wenn sichere Aussicht auf Verurtheilung vorhanden sei, nahm das Haus mit der gebührenden Heiterkeit auf. Morgen ist Fortsetzung der Debatte.

Die Situation klärt sich. Den vielen Zeichen dafür, daß es der Regierung doch noch gelingen wird, die 39 Stimmen, welche sie zur Majorität für die Militärvorlage braucht, aus den Reihen des Zentrums und des Freisinn zu gewinnen, reichten sich auch in der letzten Sitzung der Militärkommission wieder einige recht charakteristische Momente an. Bekanntlich hat das Zentrum seinen „Plan“, und der Abgeordnete Dr. Lieber hat in einer der früheren Sitzungen der Militärkommission angekündigt, daß er grundlegende Anträge für sich und seine Freunde einbringen werde. Auf diese Anträge, von deren Inhalt das Schicksal der Vorlage abhängt, läßt das Zentrum die Kommission, trotz der 24 Sitzungen, welche diese bereits hinter sich hat, noch immer warten. Es kann deshalb nicht Wunder nehmen, wenn heute der Graf v. Schulenburg (siehe Kommissionsbericht) seiner und seiner Freunde Angebuld darüber Ausdruck gab, daß das Zentrum mit seinem „Plan“ noch immer hinter dem Berge halte. Diese Anzuspung hätte den Rednern des Zentrums die beste Gelegenheit geboten, ihre ablehnende Stellung rücksichtslos darzulegen, wenn das eben noch der Standpunkt der Partei wäre. Da aber hapert's! Der Geist Schorlemers geht um im Zentrum, die Neununddreißig scheinen zwar noch nicht ganz gesichert zu sein, aber sie stehen in sicherer Aussicht. Nur so wird die Erklärung des Herrn Dr. Lieber verständlich, daß das Zentrum den höchsten Werth auf die gründlichste Vorberathung der Vorlage in der Kommission lege, damit jeder einzelne Abgeordnete im Plenum auf eigene Verantwortung seine Entscheidung zu treffen im Stande ist. „Was dächten, das ist deutlich; und es entspricht genau dem, was wir gestern sagten: Jeder Abgeordnete auf eigene Verantwortung! Damit haben die schleisschen und westfälischen „Ochsenrasen“ des Zentrums ihren Freibrief, ins Lager der Regierung abzuweichen. Die katholischen Wähler aber haben wieder einmal, wie schon so oft, das Nachsehen. Die Rede aber, die dieses Mal eine ganz besonders gefasene sein wird, hat das ganze Volk zu bezahlen.

Nicht ohne Interesse ist ferner, daß auch in der freisinnigen Partei der starr ablehnende Standpunkt Richter's nicht allgemein getheilt wird. Während dieser, entsprechend der Ablehnung jeder Präsenzerhöhung, die Bildung neuer Adressen verweigert, gab Herr Hinge heute seine Bereitwilligkeit zu erkennen, mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die Adress zu 173 neuen vierten Bataillonen zu bewilligen. Freilich, die sämtlichen Neununddreißig wird Herr Hinge aus den Reihen der Freisinnigen schwerlich stellen können, immerhin aber stehen die Dinge heute so, daß, wenn das Zentrum boshaft ist, und das Odium, der Militärvorlage durchgeholfen zu haben, nicht ganz auf eigene Kappe nehmen will, es den Rest der zum „Umsfall“ nothwendigen Abgeordneten aus den freisinnigen Reihen gestellt bekommt. Herr v. Capriotti erreicht mit seiner zögernden und nach allen Seiten verbindlichen Taktik daselbe, was Fürst Bismarck 1887 nur mit Donner und Wetter zu erreichen vermochte. Es ist ein Wechsel in den Mitteln beliebt worden, in der Wirkung kommt es auf dasselbe hinaus: Soldat werden, Steuern zahlen und — Maul halten.

Wie lange sich der deutsche Michel von seinen Vertretern diese Foppereien noch gefallen lassen wird, steht freilich auf einem anderen Blatte. In Zentrumskreisen beginnt es ja schon mächtig zu rumoren, und daß die Wabensträmpfer im Freisinn — besonders wenn das Zentrum sie zwingt Farbe zu bekennen — die nächsten Neuwahlen überleben werden, mag glauben, wer will, wir nicht! Lieber schließlich ein offener Nationalliberal, als ein verkappter.

Zur Militärvorlage. Nach dem Zahlenverhältniß der Parteien im Reichstage sind 39 Stimmen nötig, um der Militärvorlage den Sieg zu sichern. Als Gegner der Vorlage gelten zur Zeit noch wenigstens bei den Optimisten das Zentrum (108 Mann), die Deutschfreisinnigen (69), die Sozialdemokraten (35), die Volkspartei (10), die Welsen (11) und 1 Däne. Das wären also 237 Gegner. Da der Reichstag — vollzählig — 397 Mitglieder hat, so ist die Majorität 198. Die fehlenden 39 Stimmen hätten also Zentrum und Deutschfreisinn abzugeben. „Die werden sich“, schreibt Sigl im „Waterland“, „finden, es werden aber so viel garnicht nötig sein, da sicherlich eine Anzahl der Abgeordneten am Tage der Abstimmung Bauwuchst kriegen oder sonst krank“ werden wird, wodurch sich die Majorität und die Zahl der zum Umsfall Nöthigen verringert. Mit Gottes Zulassung und der preussischen Aristokratie z. B. Hilfe wieder eben schon wieder schief gehen.“

Bundesrath. In der gestrigen Sitzung wurde ein Gesuch um Gestattung der Ueberarbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Biegeleien, sowie eine Anzahl von Gesuchen um Gestattung von Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit für gewisse Gewerbebetriebe (Bierbrauereien, Feinfabriken zc.) auf Antrag der Ausschüsse dem Reichskanzler überwiesen. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus führten heute bei der Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung die Grubenbarone und deren Vertreter, die Herren Schulz-Vochum (natl.), Popellus (freil.), Schmieding (natl.) und v. Geyern (natl.) das große Wort. Ihre Angriffe galten der Regierung, die durch den Minister v. Berlepsch vertreten war, daß sie nicht scharfer gegen die Arbeiter vorgehe und vor allem, daß sie die Herrschaft der Industrie- und Grubenbarone beeinträchtigt, daß sie sich im Nothfalle an das Ausland wende, wenn ihr die Forderungen der Kohlenringe und Fabrikantenverbände zu unterschämt erscheinen. Herr v. Berlepsch wagte nicht, den Herren die gebührende Antwort zu ertheilen. Wer das Lustreien derselben sieht und hört, dem müssen die agrarischen Präntationen schon weniger ekelhaft erscheinen. —

Im Reichs-Ver sicherungsamt tritt am 27. März eine Konferenz der Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten zur Besprechung einzelner die Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung betreffenden Fragen zusammen. Die endgiltige Tagesordnung über die zur Verathung gelangenden Gegenstände wird in den nächsten Tagen festgestellt werden. —

Aus der Ferienkolonie. Auch Weimar hat seinen Beitrag zum Kapitel der Soldatenmishandlungen geliefert. Ein dortiger Unteroffizier Schulze vom Infanterieregiment Nr. 94 ist nach Kassel transportirt worden, um dort wegen einer ganzen Reihe von Mishandlungen an Untergebenen abgeurtheilt zu werden. Es wird darüber berichtet: S. hatte im Dienste einen jüngeren Soldaten mit dem in der Scheide befindlichen Seitengewehr derart ins Gesicht geschlagen, daß dem Betroffenen die Wange aufschwoll und das Wasser aus den Augen lief. Bald darauf kam der Bataillonskommandeur hinzu, bemerkte den Zustand des Soldaten und fragte diesen, was mit ihm geschehen. Der Soldat wollte nicht mit der Sprache heraus. Der Major, dem sich inzwischen der Kompaniechef zugesellt hatte, befahl aber dem Manne, ihm den Sachverhalt mitzutheilen, und so erfuhr er, was vorgefallen war. Schulze wanderte darauf sofort in Arrest, und es wurde eine strenge Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Da ergaben sich denn die fortgesetzten Mishandlungen. Ohne Schläge soll überhaupt niemand von seiner Korporalschaft davongekommen sein. Auch sonst soll er allerlei Ungehörigkeiten begangen haben. Wie hoch wird die Strafe sein, die den Soldatenschinder trifft? — In Düsseldorf ist Lieutenant Schragmüller von dem Infanterie-Regiment Nr. 89, welcher seinerzeit die eingezogene Schullehrer auf das Größlichste belehrte, wie der „Köln. Volks-Zeitung“ berichtet wird, dieserhalb zu zwei Monaten Festung verurtheilt worden. — Den amtlichen Zusammenstellungen über die Krankbewegung im bayerischen Heere während des Kalenderjahres 1889 entnehmen wir die Angabe, daß bei einer durchschnittlichen Kopfstärke von 55 050 Mann das Heer durch den Tod 153 Mann verloren hat, hiervon durch Selbstmord 19 Mann, also 12,4 Prozent. Diese Selbstmordziffer spricht ganze Bände. —

Ridert und Richter. In der „Danziger Zeitung“, dem Organ des Hauptlings der Wabensträmpfer und des Philosemitenküngels Ridert, liest man: „Erst nach Ostern beginnen die entscheidenden Kämpfe und bis dahin wachsen hoffentlich die Aussichten auf eine Verständigung. Wir können immer noch nicht annehmen, daß die Regierung, der die Auflösung keine besseren Chancen für die Militärvorlage bringt, dabei bleiben wird: Alles oder nichts! Diese elegisch-veröhnlichen Töne klingen wie das Vorspiel zu einem kompromißlich-kompromittirlichen Umsfall. Herrn Eugen Richter sind die rollenwidrigen Seitenprünge des Ridert und seiner Leute nicht angenehm. Er schreibt in seinem Blatte, der „Freisinnigen Zeitung“: „Jetzt soll sich allerdings der Reichskanzler mit der Hoffnung schmickeln, eine Spaltung, sei es in der Zentrumsparthei, sei es in der freisinnigen Partei, sei es in beiden Parteien, zu seinen gunsten hervorzurufen zu können.“ Und anstatt selbst ein entschiedenes Nein! dieser Auffassung entgegenzusetzen, begnügt er sich, die „Volks-Zeitung“ zu zitiren. Er sagt: „In betreff der Möglichkeit einer Verständigung mit der freisinnigen Partei über die Militärvorlage bemerkt die „Volks-Zeitung“, daß es nur die eine Verständigung giebt, daß sich die Regierung auf den vom Abg. Richter bei der Generaldiskussion über die Vorlage Namens der freisinnigen Fraktion des Reichstages deutlich markirten Standpunkt stellt. Legt die freisinnige Partei Werth darauf, demnach als volksfreundliche Oppositionspartei politisch abzutreten, dann mag sie über diese Grenzlinie hinaus zu einer „Verständigung“ die Hand bieten. Einstweilen hoffen und glauben wir aber nicht, daß ein derartiger politischer Selbstmordgedanke von irgend einem Mitgliede der Fraktion getheilt wird.“ So sicher ist allem Anschein nach Herr Richter seiner Fraktionsgenossen nicht. Läßt sich der Deutschfreisinn auf einen Kompromiß ein, so kann er sein Testament machen, sein Ende ist da. —

Eine Erinnerung. Die „evangelischen Männer“, begleitet von der hysterischen Tante Böh, stimmen ein ohrenzerreißendes Jammergeschrei über die Jesuiten an, deren Rückkehr nach Deutschland für die Hufenfüße der protestantischen „Intelligenz“ das letzte Gericht zu sein scheint. Da diese „Evangelischen“ aus den siebenfach gesiebten Nationalpreußen gehören, für welche der Heldenkultus Vorschriften und die Liebe zur Tradition oberstes Gebot ist, so sei doch gelegentlich daran erinnert, daß der alte Fritz die Jesuiten richtiger bewerthet hat. Friedrich II. wußte, daß dieser Orden eine Hülfstruppe des Klassenstaats ist und hatte z. B. nichts gegen die Jesuiten als Jugenderzieher einzuwenden. Aus den preussischen Staatspapieren sei auf's Gerathewohl eine Urkunde herausgegriffen. In einem aus Rom vom 3. Juni 1758 datirten Immediat-Schreiben hatte der eben zum General des Jesuitenordens ernannte Lorenz Ricci sich und seinen Orden Friedrich II. empfohlen. Es ging darauf ein aus Berlin vom 24. Juni 1758 datirtes königliches Schreiben (Konzept geschrieben von Herzberg, gezeichnet von Finkenstein) an den Jesuitengeneral, worin der König dem Erwählten Glück wünscht. „Ich gebe Ihnen die Versicherung“, sagt Friedrich, „daß die Mitglieder Ihrer Gesellschaft, die sich in meinen Staaten aufhalten, auf meinen Schutz so wie früher und so lange rechnen können, als sie sich dessen würdig erweisen werden.“ (Siehe Publikationen aus den 2. preussischen Staatsarchiven. Veranlaßt und

unterstützt durch die k. Reichs-Verwaltung. XVIII. Band. M. Lehmann, Preußen und die katholische Kirche seit 1840. 4. Teil. Leipzig 1883. S. 25, Urkunden Nr. 34, 35.) Der Staatsminister Garmier schreibt in einem aus Breslau, 30. August 1773 datierten Briefe dem Jesuiten-Provinsial Francisus Gleixner zu Giaz von den „gnädigen Gesinnungen, welche S. R. M. (Seine Königl. Majestät) zum Besten des Ordens zu äußern gerührt haben.“ Um die Absichten des Königs gegen den Orden in helles Licht zu setzen, theilt er mit: „Im Verfolge dieser höchsten Gesinnung haben S. R. M. auch bereits... die nöthigen Veranlassungen treffen lassen, daß die päpstliche Bulle wegen Aufhebung des Ordens (Papst Clemens XIV. hat 1773 den Orden durch die bekannte Bulle Dominus ac redemptor noster aufgehoben), welche dem Vernehmen nach erwartet wird, in höchstern Landen nicht zur Publikation gebracht werden solle. Wie es nun hiernach bei der Sache vornehmlich darauf ankommt, gewisse Maßregeln zu verabreden, nach welchen diese allerhöchste Willensmeinung zur Konsevation (Erhaltung) des Ordens in den königlichen Landen auf die leichteste, schädlichste und der wesentlichen Verfassung desselben angemessenste Art erreicht werden möchte, so erwarte ich, daß E. D. sich deshalb sowohl mit den Kollegis der Provinz etc. etc. sofort in Korrespondenz setzen.“ Die Erhaltung des Ordens wird bezeichnet als „erbarener Endzweck“. Dann heißt es: „Gegen die dem Orden hierdurch zu erweisende allerhöchste Gnade erwarten S. R. M. von demselben, daß er sich der Erziehung der Jugend fernerhin mit vorzüglichstem Fleiße widmen, sich die Aufnahme der Schulen in den königlichen Landen ganz besonders angelegen sein lassen und vornehmlich darauf setzen werde, womit die Jugend zu einer geläuterten und praktisch nützlichen Philosophie... angeführt werden möge.“ Auch sei der König nicht abgeneigt, auswärtigen Ordensmitgliedern den Aufenthalt zu gestatten und ihnen „mächtige Protektion angedeihen zu lassen“. (a. a. O. S. 525, 526, Urkunde Nr. 518.) Unserem kulturkämpferischen Liberalismus, der es liebt, mit dem vorkatholischen „Beldeutnig“ zu kreben, seien diese archivarischen Lederbissen als jesuitenangst-stillendes Mittel bestens empfohlen.“

Leuschner heraus! Herr Leuschner, Oberberggrath in Eisleben, Reichsparteiler und Ordnungsmann par excellence, zog vor drei Wochen die öffentliche Aufmerksamkeit dadurch auf sich, daß er im Deutschen Reichstag der hochheiligen Welt (des goldenen Kalbs) die frohe Botschaft verkündigte: „Die Sozialdemokratie ist vernichtet!“

Sie sollte vernichtet sein durch die katholischen und protestantischen Kapuzinaden der Wädem und Söder, und durch die nationalökonomische Weisheit der Schulgelehrlichen Spat-Agnes.

Gegenwärtig ist Herr Leuschner wiederum der Zielpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, und sein Name ist jedem auf der Junge, wenn er auch nicht bei jedem über den Zaun der Bühne hinaudringt.

Seit Montag spielt sich in Eisleben, der Residenz des Herrn Leuschner, eine seltsame Gerichtsverhandlung ab. Eine Anzahl von „reichstrenen“ Bergleuten, denen man aus noch nicht ersichtlichen Gründen einige Sozialdemokraten zur Gesellschaft gab, sind angeklagt „wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung“. Wunderbarerweise nicht wegen Hausfriedensbruchs. Es handelt sich nämlich um den niederrächigen Ueberfall, den aufgebehte „reichstrene“ Bergleute am 31. Mai 1891 gegen eine sozialdemokratische Versammlung verübten. Es kam damals bekanntlich zu einer furchtbaren Schlägerei, bis zur Anwendung der Schußwaffe. Die „reichstrenen“ Bergleute — das ist der a l l g e m e i n e Eindruck der Verhandlungen (S. z. B. die Berichte der „Halle'schen Zeitung“) — haben nicht aus eigenem Antrieb gehandelt. Solche Rohheiten werden von Arbeitern niemals aus eigenem Antriebe verübt; und kein Arbeiter greift Sozialdemokraten thätlich an, wenn er nicht aufgeheht ist. Der Zweck des Ueberfalls war die Vernichtung der Sozialdemokratie, aber nicht mittelst rednerischen Theaterblechs, sondern mittelst realpolitischer Gummischläuche, Brechstangen, Stuhlbeine und Knüttel. Lange vorher wußte man, daß etwas geplant.

Und nun fragt sich alle Welt: wie ist zu erklären, daß Herr Leuschner, der in seiner Residenz allmächtig ist, wie ein russischer Gutsherr, — wie ist es zu erklären, daß Herr Leuschner, ohne dessen Erlaubnis in Eisleben kein Mensch sich mußt darf, von diesem Versuch, die Sozialdemokratie gewaltsam zu „vernichten“, nicht gewußt haben kann?

Denn wenn er darum gemußt hätte, so würde er, trotz seines „moralischen“ Vernichtungsseifers doch selbstverständlich als „Ordnungsmann“ das feige, rohe und niederträchtige Attentat auf Sozialdemokraten verhindert haben.

Herr Leuschner, Oberberggrath, Reichsparteiler, Ordnungsmann par excellence, Vernichter der Sozialdemokratie und absoluter Herrscher von Eisleben wird dieses Räthsel zu erklären haben.

Also — heraus mit dem Fleberwisch!

Die Richtigerei. Aus München kommt die Nachricht, der bayerische Kriegsminister habe die Verfügung des Bezirkskommandeurs in R i g i n g e n, wonach die Vorstandschaft des Turnvereins mit der Eigenschaft eines Landwehr-Offiziers unveränderlich sei, als unrichtig aufgehoben. Nachdem die bayerischen Turner de- und wehmüthig ihre ordnungsparteiliche Gesinnungsfähigkeit kundgethan haben, war kein Grund mehr vorhanden, ihnen das gewünschte Fleißzeugniß zu versagen. —

Ueber das belgische Referendum finden wir ein sehr vernünftiges Urtheil in der „Kreuzzeitung“. Der Brüsseler Korrespondent des genannten Blattes schreibt unter'm 28. Februar:

Das große Volks-Referendum, welches am 26. d. M. in der Frage der Wahlreform stattfand und dessen Ergebnis der Draht Ihnen bereits gemeldet hat, darf als der bedeutendste Ausdruck des Volkswillens bezeichnet werden, den wir in Belgien jemals erlebt haben. Die Versuche der Regierung, die Bedeutung der sonntägigen Volksabstimmung herabzudrücken, werden daran nichts ändern. Sie beweisen nur die Wichtigkeit dieser Abstimmung. Von den 110 000 Brüsseler großjährigen und männlichen Staatsbürgern sind am Sonntag 61 000 an der Wahlurne erschienen und davon haben gegen 57 000 für das allgemeine Stimmrecht, ob-

nach dem System Janson oder nach dem System Rothomb ist gleichgültig, ihr Votum abgegeben. Diese 57 000 Anhänger des allgemeinen Stimmrechts bilden die Mehrheit der großjährigen Brüsseler Bevölkerung, und wollte man selbst alle übrigen 53 000 Staatsbürger, welche der Abstimmung fern blieben, zu den Gegnern des allgemeinen Stimmrechts zählen, so wäre das letztere immer noch mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen triumphierend aus der Wahlurne hervorgegangen. Man muß aber bedenken, daß sowohl die Regierung wie die doktrinal-liberale Brüsseler Gemeindevorwaltung dem Referendum alle möglichen Hindernisse in den Weg legten und den staatlichen und städtischen Beamten zu verstehen gaben, daß sie an der Abstimmung nicht Theil nehmen dürften. Man muß also zugeben, daß die große Mehrheit der Brüsseler Bevölkerung das allgemeine Stimmrecht als den besten Ausweg aus dem gegenwärtigen Revisionswierwar anseht. Die aus der Provinz vorliegenden Resultate über dort stattgefundenen Volksabstimmungen sind gleichfalls dem allgemeinen Stimmrecht überaus günstig, und es wäre thöricht, befreiten zu wollen, daß die Anhänger des allgemeinen Stimmrechts die Massen hinter sich haben.“

Der Korrespondent trant der Regierung nicht die Klugheit zu, dem Volkswillen sich zu fügen. Und da hat er gewiß recht. Die Herren, welche in Belgien jetzt am Kluder sind, gehören zur Sorte der Staatsverderber, die mit ihrer „Festigkeit“, die der beschönigende Name für eigenständige Beschränktheit ist, Revolutionen machen.

Das Rad ist im Rollen. Aufgehalten wird es nicht mehr. —

Frankreich. Man schreibt aus Paris, 1. März 1893: Zum Metallarbeiterstreik in Rive-de-Gier. In der gestrigen Sitzung der französischen Abgeordnetenkammer hat der Vertreter von Carmaux, Jaurès, die Regierung über das Verhalten des Präfekten von Rive-de-Gier gegenüber den dortigen auswärtigen Metallarbeitern, welche ihr Koalitionsrecht verteidigen, interpellirt. Jaurès war um so mehr dazu berufen, die Sache der Streikenden auf der Parlamentartribüne zu verteidigen, als es sich, wie wir schon früher auseinanderzusetzen, bei dem Ausstande von Rive-de-Gier nicht um kleinliche Lohnstreitereien, sondern wie in Carmaux um prinzipielle Fragen von großer Wichtigkeit und um die Ehre und Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen handelt; außerdem hatte sich Jaurès selbst mehrere Tage in Rive-de-Gier aufgehalten, um die Sachlage genau kennen zu lernen und den Arbeitern mit seinem Munde beizusprechen. Mit der hinreichenden Beredtheit, die ihn auszeichnet, stellte er die Umstände der Gattenbesitzer von Rive-de-Gier an den Pranger; er schilderte die Ursachen des Streiks, der in frivolster Weise von einer Firma heraufbeschworen wurde, indem sie einen Arbeiter, welchen seine Kameraden kurz vorher zum Metallarbeiter-Kongress entsandt und jetzt mit der Uebermittlung ihrer Forderungen an die Unternehmer betraut hatten, ohne weiteres entließ; er stellte dem zweideutigen und herausfordernden Benehmen der Gattenbesitzer die besonnenen Muth der Arbeiter gegenüber, welche nur die Anerkennung ihrer gesetzmäßig gewährleisteten Rechte seitens der Unternehmer verlangten. Am Schluß seiner Rede beschränkte sich Jaurès über das parteiliche Eingreifen des Regierungsvertreeters zu Gunsten des Unternehmerrthums. Der dortige Präfekt hatte nämlich öffentlich angeschlossen, es sei ihm mitgetheilt worden, 850 fessende Arbeiter wollten am Montag zu den Bohrern zurückkehren; er wäre bereit, dieselben, also die Streikbrecher, bei der Wiederaufnahme der Arbeit gegen etwaige Angriffe seitens der Streikenden zu schützen. Das war auch geschehen; die militärische Besatzung von Rive-de-Gier hatte man um eine neue Schwadron Dragoner vermehrt. Dies offene Eintreten des Präfekten für die Interessen des Unternehmerrthums suchte der Ministerpräsident Ribot in seiner Antwort auf die Interpellation als ein unparteiliches Schützen der „Freiheit der Arbeit“ hinzustellen und steifte sich dabei auf den Wortlaut der Bekanntmachung des Präfekten, die er vollkommen billigte. Das altbekannte Spiel mit der „Freiheit der Arbeit“, die nichts anderes ist, als die Freiheit der Ausbeutung! Die Kammer gab dem Minister Recht und beschloß mit 345 gegen 194 Stimmen einfachen Uebergang zur Tagesordnung. Damit ist die Sache jedoch nicht aus der Welt geschafft; mehr als je richten sich die Augen der französischen Demokratie auf die Metallarbeiter von Rive-de-Gier, die unverdrossen den Streik fortsetzen, und denen sich auch die sozialistischen Abgeordneten nach wie vor zur Verfügung stellen; die Interpellation Jaurès hat hierzu nicht wenig beigetragen. —

Panama-Skandal. Arton soll verhaftet sein. Auch Cornelius Herz scheint vergebens simulirt zu haben. Die Ärzte haben erklärt, daß er voraussichtlich in nächster Zeit transportfähig sei. Einstweilen veröffentlicht die Blätter wieder etliche Enthüllungen — damit das Interesse nicht erkalte. —

Die konervative Rebellion gegen die Homerule der englischen Regierung hat allen Ernstes begonnen. Eine Versammlung von 6000 „Orangisten“ (protestantischen und „reichstrenen“ Irländern) hat gestern in Belfast stattgefunden, und „Widerstand bis zum letzten Blutstropfen“ beschloffen. Die Bildnisse Gladstone's und Morley's wurden feierlich verbrannt. — In der irischen Grafschaft Clare kam es am Sonntag zu einigen Tumulten, die der Opposition im Unterhaus Anlaß zu einem Vorstoß gegen die Regierung gaben. Ein Antrag wurde gestellt, „das Verhalten der Regierung zu besprechen“ — natürlich in tadelndem Sinne —, er wurde jedoch mit 260 gegen 215 Stimmen verworfen. Vorläufig ist Gladstone noch fest im Sattel. —

Singer. Gegnerische Blätter bringen die Nachricht, daß der Abg. Singer schwer erkrankt sei. Diese Nachricht ist nicht richtig. Genosse Singer hat sich in den letzten Monaten überarbeitet, und kam in einen Zustand von Abspannung, der ihm, wollte er ernstliche Erkrankung vermeiden, die Theilnahme an der parlamentarischen Thätigkeit für kurze Zeit unmöglich machte. Vorigen Mittwoch hat Singer eine mehrwöchentliche Erholungsreise nach der Schweiz angetreten und wird bei Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten nach Ostern wieder ganz auf dem Posten sein. —

Parlamentarisches.

Sitzung der Militär-Kommission. Zum ersten Male hält der Kriegsminister eine Rede. Derselbe bekämpft die zu § 2, welcher zur Beratung steht, von dem Abgeordneten v. Bennigsen gestellten Anträge: a) statt „vierte Bataillone“ zu sagen: „unvollständige (Ersatz-) Bataillone“ und b) die zweijährige Dienstzeit gesetzlich für die Dauer der durch die Vorlage festzusetzenden Präsenzstärke festzusetzen. Die Regierung beabsichtigt die dauernde Einführung der zweijährigen Dienstzeit, aber nur in der von der Militärverwaltung vorgeschlagenen Weise. Die von Bennigsen vorgeschlagene Bezeichnung treffe nicht zu, „Ersatzbataillone“ seien für den

Kriegsfall schon vorhanden. Buhl tritt für den Antrag des Abg. v. Bennigsen (welcher aus der Kommission abgetreten ist, an seiner Stelle ist Döschhäuser eingetreten) ein, weil derselbe eine „Garantie“ für die Beibehaltung der verkürzten Dienstzeit sei. Im Gegensatz zu Bennigsen beantragt er jedoch, für die projektirten 4 Bataillone den Namen „Stamm-“ oder „Kadres“-Bataillone zu wählen. Die Bezeichnung scheint den Herren Nationalliberalen etwas höchst Wichtiges zu sein! Groß v. d. Schulenburg-Bechendorf bedauert, daß die Herren vom Zentrum bis jetzt — es ist heute schon die 24. Sitzung — noch immer nicht mit ihren positiven Anträgen hervorgetreten sind. Im übrigen bekämpft er die nationalliberalen Anträge, auch den Vorschlag, statt 60 000 Rekruten etwa 40 000 mehr einzustellen.

Der Reichskanzler betont, daß die Regierung vom militär-technischen Standpunkte aus den höchsten Werth auf die Schaffung der 4. Bataillone lege, die Bezeichnung sei ihr gleichgültig.

Richter erklärt sich gegen jede Bewilligung neuer Kadres, weil dieselbe gleichbedeutend mit einer Präsenzstärkeerhöhung sei. Da die Regierung die freiwilligen Angebote als vollständig unannehmbar bezeichnet habe, so sei er nicht in der Lage, bei diesem Punkte auf Detailvorschläge einzugehen. Die Bennigsen'schen Anträge finden nicht seinen Beifall. Für den Fall jedoch, daß die 178 vierten Bataillone bewilligt werden sollten, würde er für den zweiten Theil des Bennigsen'schen Vorschlages stimmen. Auch er wünscht, daß endlich Klarheit in die ganze Sache komme.

Dr. Lieber erklärt, daß er zur Befriedigung der Requirerde des Grafen v. d. Schulenburg weiter nichts militärtechnisch habe, als daß der Antrag des Zentrums zur zweijährigen Dienstzeit, den er verschiedenen Kollegen bereitwillig mitgetheilt habe, nichts Anderes fordere, als die bisherige Präsenzstärke auch für die nächsten 5 Jahre festzuhalten. Wenn man darauf regierungsseitig nicht eingehen wolle, habe er weitere Mittheilungen nicht zu machen. Das Zentrum lege Gewicht darauf, die Verhandlungen in der Kommission so zu führen, daß im Plenum jeder Abgeordnete auf seine eigene Verantwortung stimmen könne.

General v. Götter und Major Wachs geben diverse Ausschlässe der militär-technischen Bedeutung der vierten Bataillone.

Abg. Hünze (Dz.) ist durch die Darlegungen des letztgenannten Militärvertreters über den Dienstplan der vierten Bataillone höchst befriedigt und erklärt, „ohne sich bezüglich der einzustellenden Mannschaftszahl zu binden“, für die Schaffung der 178 vierten Bataillone stimmen zu wollen.

Der Reichskanzler, welcher betont, daß ihm Herr Hünze einen Theil dessen vorweg genommen habe, was er den Ausführungen des Majors Wachs hinzusetzen wollte, ergänzt durch weitere militärtechnische Auseinandersetzungen das Hünze'sche Gefühl der Befriedigung.

Richter beantragt zur Geschäftsordnung, die Mittheilungen der Herren v. Götter und Wachs, wenn sein dienstliches Bedenken vorliege, ausführlich zu Protokoll zu geben, welcher Wunsch von Herrn Buhl noch dahin erweitert wird, diese Mittheilungen den Kommissionenmitgliedern gedruckt zugehen zu lassen. Diesen Wünschen, die nichts Anderes bedeuten, als der Regierungsvorlage Vorschub zu leisten, sieht natürlich von Seite der Militärverwaltung nichts entgegen. Mit der Erklärung Hünze's, die der des Abg. Richter diametral entgegensteht, und dem Wunsche Richters ist die Spaltung in der sechsinnigen Partei offenkundig.

Graf Kleist und v. d. Schulenburg wenden sich gegen den Abg. Dr. Lieber. Schulenburg ist besonders erregt über die ihm in den Mund gelegte „Aufsorderung zur Steuerverweigerung“, weil er gefast, daß der Reichstag es ja freilich in der Hand habe, die Mittel für die Heeresvermehrung abzulehnen, wenn die zweijährige Dienstzeit wieder zurückgezogen werden sollte. Die Steuerverweigerung sei eine „revolutionäre“ Maßregel, die er weit von sich weise.

Buhl ist nunmehr auch zu den 178 vierten Bataillonen bekehrt, er behält sich für die zweite Lesung eine redaktionelle Aenderung des Bennigsen'schen Antrages vor.

Richter wendet sich gegen die Verschwendung der militärtechnischen Kräfte zu allerlei nichtmilitärischen Dienst- und Arbeitsleistungen, die viel richtiger durch Zivilarbeiter zu verrichten wären, gegen das „Burschen“-Anwesen, die Verwendung der Leute bei den Bezirkskommandos u. s. w. und zieht den Schluß, daß durch Beseitigung dieser Kräfteverschwendung die Errichtung neuer Formationen erspart werden könnte. Er kann nicht verstehen, wie Leute (das sind in dem Falle seine Leute), welche an der gegenwärtigen Präsenzstärke festhalten wollen, für neue Formationen stimmen können; das werde zu einer Komödie der Irrungen führen.

Nach einer Entgegnung des Reichskanzlers, in welcher er die früheren Vorschläge des Generals Vogel von Falckenstein und die Verdy'schen Projekte desavouirt und die Bedenken Richters bezüglich des Arbeitsdienstes und des Burschenwesens zu entkräften sucht, wird die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Die nächste Sitzung findet morgen Vormittags 11 Uhr statt.

Soziale Ueberblick.

Aus sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und der Umgegend.

Kollegen und Kolleginnen! Gerade Ihr, gleichviel in welcher Weise Ihr beschäftigt seid, habt von allen Arbeiterkategorien am meisten unter der Ausbeutung des Kapitals zu leiden. Die geringsten Löhne, die längste Arbeitszeit, die unangenehmste Behandlung werden dem jederzeit zu ersehenden „ungelerten“ Arbeiter zu theil. Und nicht allein, daß der Unternehmer bei uns keine Rücksicht kennt; auch an denen, welche in fast gleichem Maße wie wir unter dem Druck des Kapitals leiden, an den gelernteren Arbeitern sehen wir, daß sie uns gegenüber ein Maß dankelhafter Ueberhebung an den Tag legen, wie es eines Klassenbewußten Proletariats geradezu unwürdig ist. Fragen wir uns, worin die Ursache dieser beschämenden Erscheinung zu suchen ist, so müssen wir geteilt, daß die Schuld zum wesentlichen Theil an uns selber liegt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeiterkategorie sich erst durch Organisation die ihr gebührende Stellung erringen muß. Auch an uns Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tritt mithin die Pflicht heran, uns endlich durch engen Zusammenschluß aus der unwürdigen Lage, der wir ausgesetzt sind, zu befreien. Wir richten daher an sämtliche Berufsgenossen und Genossinnen den dringenden Appell, sich der bestehenden Organisation, dem Allgemeinen Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umgegend anzuschließen. In den alle vierzehn Tage stattfindenden Versammlungen ist jedem Kollegen und jeder Kollegin Gelegenheit gegeben, dem Verein beizutreten. Die nächste Versammlung, zu der der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Schmidt das Referat übernommen hat, findet am Montag, den 6. März, Borsdorferstraße 15, statt. Möge jedes Mitglied dafür sorgen, daß derselbe ein zahlreicher Besuch zu theil werde. Wir geben noch bekannt, daß in der Versammlung jedem Gaste das Statut zur Einsicht ausgedrückt wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Vorstand des Allgemeinen Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Vereins Berlins und Umgegend.
Im Austrage: W. R. Endl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 4. März, Opernhaus. Die Ranken. Schauspielhaus. Der Sturm. Festung-Theater. Heimath. Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage. Berliner Theater. Die Danische. Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet. Vorher: Gläubiger. Walker-Theater. Der Fall Clemenceau. Kroll's Theater. Geschlossen. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Neues Theater. Loska. Friedrich-Wilhelmspl. Theater. Don César. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Der Zalkman. National-Theater. Die Versuchung des Pieslo zu Genoa. Alexanderplatz-Theater. Komtesse Julie. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 70. Male: Modernes Babylon. Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Manns. Coupletts theilweise von G. Hirs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Nulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner. (Klemm-Edo. Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Inhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Passage-Panoptikum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchen.

Castan's Panoptikum. Letzte Woche! Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder: Lili, kleinfl. lebend. Elefant d. Welt, Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater. Grosses Konzert. Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Große Spezialitäten-Vorstellung. Vollständig neues Programm. Tom. Belling, Original-Angust. Truppe Auguston, Akrobaten. Kolling Müller, Wasserläufer. The Malinos, Gyrotrics. Geschw. Taciana, Quettistinnen. Heine. Bänder, Gymnast. Martha Ventura, Kostümsoubretten, sowie sämmtl. engag. Spezialitäten. Anfang Wochentags 8 Uhr. zu Entree 50 Pf.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. Einiensstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Sonnabend, den 4. März 1893, Abends 7 1/4 Uhr:

Zum 50. Male: Ein Künstlerfest.

Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister Siems. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor Fr. Renz. Neue Einlagen mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso. Brillant-Feuerwerk. Ausserdem: Ein Hippo. Potpourri v. 40 der edelsten Freizeitspferde, vorgef. v. Dir. Fr. Renz. Konkurrenzschule, ger. v. d. Damen Fr. Clot. Hager und Oessana Renz. Mr. James Phillis mit dem Schulpferde Markir. Sonntag: 2 große Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei): „Die Touristen“. — Abends 7 1/4 Uhr: „Ein Künstlerfest“. Bilet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentanz“, Markgrafenstraße 51a. Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast.

Privat-Festlichkeit halber fällt heute, Sonnabend, die Vorstellung aus. Morgen Sonntag: Extra-Vorstellung.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger sowie Auftritte des musikal. Claron Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regeltischen. F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnenhofer Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Dochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.



In folgenden Geschäften sind Hüte mit Kontrollmarken zu haben:

- H. Aorlsens, Prinzenstr. 28. A. Aichelsky, Große Frankfurterstr. 44. O. Arnold, Dresdnerstr. 116. Rud. Beisso, Chausseest. 70. O. Böttcher, Eichenbergerstr. 1. A. Bracklow, Schönhauser Allee 29. E. Dittmer, Adlerstr. 68b. G. Dunsing, Dresdenerstr. 6. Paul Drenke Nachf., Oranienstr. 172. F. Fraude, Müllerstr. 183. A. Fuchs, Mantuffelstr. 35/36. Th. Gerlach, Linienstr. 99. A. Glamb, Neue Hochstraße 40a. Gust. Gross, Frankfurter Allee 167. R. Haase, Kastanien-Allee 86. Ph. Haase, Kleinendörferstr. 64. P. B. Hansen, Münchebergerstr. 26. Pr. Haupt, Große Frankfurterstr. 145. W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4. J. Joggers, Schwedterstraße 243. O. Jörn, Pantstr. 5a. A. Kehr, Köpcke'str. 126. W. Kilm, Bernauerstr. 108. F. Köppen, Müllerstr. 14a. G. Köpke, Prinzenstr. 60. Kriegshammer, Bellealliancestr. 91. C. Knaake, Andreasstr. 24. P. Kunz, Prinzen-Allee 87. Ph. Krull, Zionskirchstr. 55, Ecke der Antkammerstraße. Arnold Langs, Brunnensstr. 130/137. H. Meissner, Neue Hochstr. 43. Ch. Otto, Chausseest. 22. W. Röhrich, Frankfurter Allee 118a. C. Polvoigt, Frobenstr. 25. C. Pimpel, Landsbergerstr. 103. P. Diederich, Oranienstr. 9. Mariannenstr. 43. W. Rother, Arndtstr. 31, vis-à-vis der Schendendorffstraße.

Wir bitten die Genossen, namentlich die von uns veröffentlichten Geschäfte zu berücksichtigen. Aber auch hier immer nach der Marke zu fragen und sich zu überzeugen, daß dieselbe im Hut lebt. Jedes Einkleben der Marke beim Kaufen ist Betrug.

Die Arbeiter-Kontroll-Kommission Deutscher Hutmacher. S. N.: C. Kempe, Weinstraße Nr. 12.

Unserem Freund, dem Restaurateur Emil Mothes, zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß die ganze Buttmanstraße wackelt. Die Stammgäste. 1611 b K. M. H. L. G. H. R. Sch.

Gauverein Berliner Bildhauer.

Mittwoch früh verschied nach langem, schwerem Krankenlager, im 31. Lebensjahre, unser langjähriges, treues Mitglied, der Holzbildhauer Ernst Schulze.

Seine Beerdigung findet Sonntag, den 5. März, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses in Moabit (Eingang Birkenstraße) aus, nach dem St. Johanniskirchhof in der Seestraße bei Blöhensee, statt. 117/2 Um recht zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Dankfagung. Dem Gesangsverein „Waldegrün“, welcher uns bei unserer Hochzeit mit seinem Gesang und Vorträgen erfreute, sagen wir herzlichsten Dank. 1619 b Heinrich Grimpe nebst Frau.

Dankfagung. Verspätet.

Für die vielen Beweise der Achtung und herzlichsten Theilnahme, welche dem Andenken meines am 4. Januar d. J. in Cleveland verstorbenen Mannes gewidmet worden sind, drücke ich hiermit den tiefsten sowie den amerikanischen Genossen meinen herzlichsten, tief gefühlten Dank aus. Frau Auguste Heitel, geb. Denschel.

Achtung, Kollegen u. Genossen! Den mir gemachten Vorwurf in betreff des Restaurateurs Saff, daß ich schuldiger Theil sein soll, erkläre ich als unvorh. J. J. o n a s, Gastwirth, Gr. Frankfurterstr. 82. 1618 b

Die Beleidigung gegen den Herrn Max Julius Rudyminski nehme ich hiermit zurück und erkläre ihn für einen achtbaren Mann. Marie Kubitz.

Warnung!! Warne hiermit jedermann, meiner Frau Amalie, geb. Scharf, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 1615 b August Graupe, Zimmerer.

Staare 2,50, Kreuzschnäbel, Dörchen 1,50, Zeisige 1,25 M., Kanarienvögel, Zuchtweiden, Hechbauer, billig, Invalidentanzstr. 7. 1620 b

Solidarität!

Arbeiter! Nur Hüte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Verfertiger gerechter Lohn wurde!

Kauft nur Hüte mit dieser Marke!

- E. Rieck, Badstr. 64. C. Sarsch, Bismarckstr. 52 (Moabit). O. Schulze, Ruppinerstr. 27. A. Schlegel, Brunnensstr. 33. Carl Stark, Neue Königstr. 73. H. J. Stoboy, Oranienstr. 170. W. Sy, Brunnensstr. 139. A. Wittendecher, Moabit, Lübeckerstr. 4. Rud. Wegener, Stromstr. 59. C. Wölter, Zionskirchplatz 2. G. Rüttig, Friedrichsbergerstr. 88. E. Bergmann, Markgrafenstr. 100. Carl Renz, Oranienstr. 6. Grüner Weg 82. A. Schumann, Gerichtstr. 17. H. Graudogus, Frankf. Chaussee 45a. J. Kock, Kastanien-Allee 80. G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130. W. Zapel, Staligerstr. 131. (Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.) A. Graffert, Rummelsburg, Türschmidtstr. 1. P. B. Hansen, Rummelsburg, Schillerstr. 11. W. Benecke, Potsdam, Jägerstr. 36. Bosselmann, Charlottenburg, Scharrenstr. 11a. T. Koschel, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 27. E. Radloff, Charlottenburg, Berlinerstraße 5. F. Jalow, Pantow, Breitestr. 24. G. Schaudt, Neu-Weissensee, Langhansstr. 71. A. Kling, Köpenick, Rieherstr. 43. C. Schmidt, Köpenick, Rieherstr. 41. C. Scholz, Weissensee, Gustav-Adolfstraße 14.

Achtung! Mitglieder der „Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen“ Große öffentliche Versammlung am Sonntag, den 5. März 1893, Vormittags 10 1/2 Uhr, im „Feenpalast“, Burgstraße 22. Tages-Ordnung: 1. Vorschläge zu den demnächst zu unternehmenden Schritten betreffs Einführung der freien Arztwahl. 2. Maßnahmen eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes einem Kassenmitglied gegenüber. 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kassenmitgliedes ist es, zu erscheinen. Sämmtliche Delegirte und Vorstandsmitglieder, sowie der Krankenkassen-Kontroll-Kommission gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen. J. N.: Otto Bleich, Sorauerstr. 5, II. 160/12

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Sonntag, den 5. März 1893, Vormittags 10 1/2 Uhr, Branchen-Versammlung der Mechaniker und verwandten Berufsgenossen im Restaurant Kessner, Annenstraße 16. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Montag, den 6. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr: Große Bezirksversammlung für den Norden, Moabit und Charlottenburg in der Kronen-Branerei, Alt-Moabit 47-49. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Regierungsbaumeisters a. D. G. Kessler über: „Die Gewerkschafts-Bewegung und die Arbeitsbörsen in Frankreich.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Montag, den 6. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Former und Berufsgenossen im Restaurant Müller, Johannisstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgeman über: Die materialistische Geschichtsauffassung. 2. Wahl eines Beisizers zum Vorstande und Wahl dreier Sachkommissionsmitglieder. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 228/19 Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in diesen Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 5. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Joel, Andreasstr. 21. Tages-Ordnung: Der Verein für freie Arztwahl und die Krankenkassen. Die Vertreter sämmtlicher Krankenkassen sind hiermit besonders eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. 1622 b Der Einberufer: W. Schmidt, Wabertstr. 16.

Große öffentliche Versammlung der polnischen Sozialisten Sonntag, den 5. März, Nachm. 4 Uhr, in Th. Boltz' Salon, Alte Jakobstraße Nr. 75. Tagesordnung: Berichterstattung der Preis- und Agitationskommission, Neuwahl derselben, Verschiedenes. 259/4 Frauen haben Zutritt. Der Vertrauensmann.

Grosse öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 5. März, Abends 6 Uhr, bei Otto Klein, Spandauerstr. 6. Tagesordnung: 1. Vortrag von Fr. Sader über Utopie und Wirklichkeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 407/3 Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Nachher: Geselliges Beisammensitzen. Um zahlreichen Besuch bittet Die Einberuferin.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr, Rosenthalerstraße 38: Vortrag des Herrn W. Anandt, Jugendlehrer der Braunschweiger Gemeinde: „Moses oder Darwin“. Gäste sehr willkommen. — Einlasskarten mit ausführlichem Programm zu dem Nachmittags 5 Uhr, in Joll's Festsaal stattfindenden 48. Stütungs-Feste sind in der Versammlung zu haben. 152/7 Der Vorstand.

Deutscher Tischler-Verband (Zahlstelle Berlin). Beiträge werden jeden Sonnabend von 7 1/2—10 Uhr auf folgenden Zahlstellen erhoben, sowie neue Mitglieder aufgenommen: Eisenaustr. 35 bei Bossa; Bellealliance-Platz 6 bei Hilscher; Schönleinstr. 6 bei Klein; Köpcke'str. 5 bei Furchtbar; Nitterstr. 123 bei Stramm; Steinmeierstr. 57 bei Böttcher; Görzinger u. Sorauerstraßen-Ecke bei Volksdorf; Grünauerstr. 3 bei Goltz; Gurystr. 23 bei Stümke; Naumannstr. 86 bei Zubeil; Naumannstr. 78 bei Rohr; Mantuffel- u. Staligerstraßen-Ecke bei Kunstmann; Alte Jakob- und Hollmannstraßen-Ecke bei Schaber; Breslauerstraße 27 bei Vagering; Frankfurter Allee 90 bei Zabel; Blumenstraße 38 bei Hencke; Dreyfestr. 3 bei Holzbücher; Diederichsener- und Zredowstraßen-Ecke bei Schmidt; Koppentstraße 43a bei Lorenz; Fenn- und Müllerstraßen-Ecke bei Kleinert; Schönholzer- und Ruppinerstraßen-Ecke bei Raabe; Thurnstraße 63 bei Schöpfer; Veteranenstr. 22 bei Peterson; Bernauerstr. 72. Rixdorf; Bergstraße 5 bei Duschek; Weissensee; Köpcke- und Charlottenburgerstraßen-Ecke bei Klob; Friedrichsberg; Friedrich Karlstraße 11 bei Heintze; Rummelsburg; Türschmidtstr. 40 bei Hein. Abstempelungen der Beiträge bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit können nur auf dem Arbeitsnachweis, Wallstr. 7-8, erfolgen. 371/5 Die Ortsverwaltung.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 3. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher, v. Stephan, v. Marschall, Ritter v. Saag.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung.

Zur Diskussion werden zunächst die fortdauernden Ausgaben gestellt, welche die Budgetkommission unverändert zu bewilligen vorschlägt.

Bei Titel „Staatssekretär 24 000 M.“ weist Referent Abg. Dr. Wuhl darauf hin, daß angesichts der Finanzlage des Reichs eine Vermehrung von Beamten nur in sehr bescheidenem Umfange stattgefunden habe. Er empfiehlt ferner dem Hause die Annahme folgender von der Kommission vorgelegten Resolution:

„Den Reichstagsrat zu ersuchen, die Ausdehnung des Systems der Dienstaltersstufen auf die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen wiederholt in Erwägung zu ziehen.“

Endlich berichtet der Referent über die Verhandlungen der Kommission über die neuesten Schritte der Verwaltung gegen den Postassistentenverband. Die Vertreter der Postverwaltung hätten die Vorwürfe, welche namentlich gegen den Oberpostdirektor in Düsseldorf aus Anlaß dieser Maßnahmen gegen den Verband erhoben worden seien, als unbegründet zurückgewiesen. Die Kommission habe indessen Nachdruck darauf legen zu müssen geglaubt, daß auch den Postbeamten die Rechte aller Staatsbürger gewahrt bleiben müßten und daß die Postverwaltung in Maßregelungen nicht zu weit gehen dürfe.

Abg. Schmidt-Eberfeld befürwortet eine Erhöhung des Reingewichts für den einfachen Brief von 15 auf 20 Gramm, wie sie in Oesterreich schon bestünde. Die jetzige Entwicklung der Technik in der Herstellung des Papiers führe dazu, das Papier immer schwerer zu machen, sodaß es namentlich für Kaufleute immer mehr zur Unmöglichkeit werde, noch einfache Briefe von 15 Gramm Reingewicht zu versenden.

Staatssekretär von Stephan: Die Frage ist keine unwichtige, aber auch keine entscheidende. Der Ausfall bei Erhöhung des Reingewichts auf 20 Gramm würde jährlich fünf Millionen betragen. Auch bestünde im ganzen Weltpostverein diese Maximalgrenze des Gewichts, sie hat sich in der Gewohnheit des korrespondierenden Publikums eingelebt und eine Veränderung würde viele Unzuträglichkeiten mit sich bringen. Daß in Oesterreich diese Grenze höher ist, liegt an der Unentwickeltheit des dortigen Postverkehrs. Der Sache selbst würde ich gar nicht so abgeneigt sein, wenn nicht die Finanzlage entgegenstände. Die Klagen über die Papierfabrikation gehören nicht hierher, sie hätten beim Etat des Reichsamtes des Innern vorgebracht werden sollen, wo über so vieles geredet worden ist. (Staatssekretär von Bötticher: vier Wochen lang! Heiterkeit.)

Abg. Adt (nl.) beanregt, daß die Postverwaltung sich noch immer nicht zu einer Herabsetzung der hohen Telegraphengebühren entschließen will und nach wie vor der Errichtung neuer Bezirksnetze große Schwierigkeiten in den Weg legt, indem sie den Nachweis der Benutzung und die Erlegung einer sehr hohen Jahresgebühr außer der Gebühr für jedes einzelne Gespräch verlangt. Außerdem werde der Kreis, innerhalb dessen ein Anschluß an ein bestimmtes Bezirksnetz zulässig sei, zu eng gezogen, sodaß zahlreiche Industrie-Etablissements, welche auch nur 1 oder 2 Kilometer außerhalb dieses Kreises liegen, nicht angeschlossen würden. In Standorten seien die Gebühren viel niedriger.

Geh. Oberpostirath Scheffer: Der Hinweis auf Skandinavien mit seinem viel geringeren Verkehr hat für die Beurteilung der Verhältnisse bei uns keine Bedeutung. In einigen Industriebezirken sind auch bei uns Pauschalsummen eingeführt, aber eine allgemeine Durchführung dieses Systems ist nicht möglich. Die Leistungen können in den größeren Städten nicht mehr ausgedehnt werden, es fehlt auf den Straßen bereits an Platz. Bei der Gebührendemessung ist von fiskalischen Rücksichten gar keine Rede. Für die Großindustrie können diese Ausgaben, auch wenn sie verhältnismäßig hoch erscheinen, gar keine Rolle spielen, weil sie durch den Vorrang der Nachrichten und durch den unmittelbaren Gedankenaustausch ein ganz erhebliches Uebergewicht über den allgemeinen Durchschnittsverkehr gewinnt. Die Verwaltung ist geneigt, allen berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Auf dem so jungen Gebiet der Telephonie müssen noch Erfahrungen gesammelt werden, auch bezüglich der Tarifierung.

Abg. Volksth (fr.): Je berechtigter die Wünsche des Publikums sind, desto zahlreicher werden die Gegenstände der Verwaltung. Der erste Redner deutete an, daß das Verhalten der Verwaltung nicht populär sei. Was ist denn überhaupt an der Postverwaltung noch populär? (Unruhe rechts.) Nichts! Und auch die „Verkehrszeitung“ wird daran nichts ändern. Wenn jetzt keine Petition wie im vorigen Jahre an den Reichstag von den Zeitungen gebracht ist, so liegt das nicht an der Befriedigung des Publikums, sondern an der allgemeinen Meinung, die sich überall zur Geltung gebracht hat, daß sich bei dem heutigen Regime auf eine Änderung doch nicht hoffen läßt. Es ist eine vollständige Stagnation eingetreten, lediglich mit Ausnahme des direkten Handels zwischen Amerika und Europa, weld. es uns in den Stand setzt, die Postsposten von unseren Kolonien auf dem schnellsten Wege zu erfahren. (Heiterkeit links.) In der „Deutschen Verkehrszeitung“ läßt der General-Postmeister dem Publikum klar machen, daß die Reichspost nur die Aufgabe habe, möglichst viel Ueberschüsse zu liefern. Die fiskalische Politik der Postverwaltung wird ja sehr begünstigt durch die Großmuthigkeit, mit welcher Preußen Eisenbahnen zu unglaublich billigen Preisen der Post zur Verfügung stellt. Würde hier entsprechende Bezahlung geleistet werden müssen, dann bliebe von den Ueberschüssen nicht mehr viel übrig. Das Zurückbleiben dieser Ueberschüsse führt dieses offiziöse Blatt auf das Mehr von Beförderungsverbesserungen und dergleichen zurück. Die Verbesserungen sind aber bloß in den oberen Schichten der Beamtenhierarchie erfolgt. Neben dem großen Heere der Postproletarier, der Assistenten und Unterbeamten, im Ganzen 67 276 Mann, haben wir auch ca. 80 000 nicht angestellte Beamte, die jeden Tag entlassen werden können, eine reine Tagelöhnerwirtschaft. In dem neuen Etat bleiben wir nahezu um 1000 etatsmäßige Stellen gegen den vorigen zurück, ein außerordentlich betrübender Zustand. Die Stellung der Unterbeamten ist auch, ganz abgesehen von ihrem Gehalt, eine ganz außerordentlich mangelhafte, so daß die Unzufriedenheit immer mehr um sich greifen muß und um sich greift. Die Postgehilfen, welche heute die Majorität aller Postbeamten sind, rekrutieren sich aus Schichten mit Elementarbildung. Gewiß sind unter den Postassistenten auch Leute mit dem einjährigen Zeugnis, selbst Primaner. Diese Klasse sieht sich also aus den verschiedensten Elementen zusammen, zumal auch aus dem Unterbeamtenstande Personen in sie übernommen werden. Diese Beamten haben, wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, durchaus recht, wenn sie sich über die ihnen angewiesene Stellung beschweren. Es erklärt sich dadurch auch die Gründung des der Verwaltung so verhaßten Postassistentenverbandes. Diese Beamten thun in Wirklichkeit Sekretärdienste und sind auch

in die Stellen der früheren Sekretäre getreten. Trohdem sind sie aus den gefelligen und sonstigen Vereinigungen der Postbeamten ausgeschossen worden. Bei der Einweihung des Postgebäudes in Baden-Baden stellte sich auch heraus, daß als Postbeamten von der Direktion nur aufgeführt wurden die Beamten bis zum Sekretär abwärts; die Pönaristokraten durften bei der Feier im Kurhause essen, den Assistenten war freigestellt, in einem anderen Lokale zu essen, wo sie natürlich nicht die ausgezeichnete Festrede des Herrn Direktors im Reichspostamt, Fischer, hören konnten. (Heiterkeit links.) Das ist ein beschämendes Zeugnis für die Behandlung dieser Postbeamten, und ein Beweis für die Berechtigung ihrer Entrüstung darüber, daß ihnen stets das unbegrenzte Wohlwollen der Verwaltung versichert wird. Postassistenten mit dem einjährigen Zeugnis werden einfach, wie mir versichert worden ist, zum Reserve-Offizier-Examen nicht zugelassen. Ich möchte fragen, ob der Staatssekretär beim Kriegsminister eine entsprechende allgemeine Verfügung bewirkt hat. Vom Sekretärangehen werden sie ebenfalls ausgeschlossen; die Kollegen, welche aus dem Militärstande kommen, werden dagegen zugelassen! Die Verwaltung weiß ja sehr genau, daß die Verhältnisse unhaltbar sind und namentlich die Gehälter nicht genügen. Es handelt sich ja gar nicht um Subalternbeamte, sondern um ein unglückseliges Mittelglied zwischen Subaltern- und Unterbeamten. Die Verwaltung hat nun in anerkanntenswerthester Weise eine Reihe von Institutionen geschaffen, welche diesen Beamten zu Hilfe kommen sollen; aber die Art der Geschäftsabwicklung derselben giebt wiederum zu berechtigten Klagen und Beschwerden Anlaß. Der Spar- und Voranschussverein in Berlin florirt, weil der Beitritt in der bekannten „freiwilligen“ Weise, in der bei der Postverwaltung so vieles geschieht (Heiterkeit), veranlaßt wird. Man benutzt aber die Kenntniss der Bücher und der Einzahlungen, um die Verhältnisse der Beamten auszukuppeln und sie bei der Verfolgung des Assistentenverbandes zu verwerthen. Neben diesem Verein besteht ein Konsumverein, der vollständig kaufmännisch betrieben wird und eine Menge besoldeter Postbeamter vollkauf beschäftigt. Obwohl diese Beamten keine Zeit für ihre politischen Pflichten übrig behalten, gewährt man ihnen außer dem Gehalt auch noch eine Remuneration. Die gleichfalls hier bestehende Kaiser Wilhelm-Stiftung kommt, obwohl sie von allen Beamten unterhalten werden muß, ganz überwiegend und ungerecht überwiegend nur den oberen Beamten zu gute. Außerdem werden sogar Weihnachtsgeschenke aus dieser Stiftung verabfolgt, aber nur an Beamte vom Sekretär aufwärts. Also überall dieselbe Fürsorge für die Postaristokratie! Zu dem Lohnerhause, welches schließlich auch erwähnt werden muß, müssen sogar die Telegraphen-gehilfen Beiträge leisten. Für den geistigen Bedarf der Postbeamten sorgt die „Deutsche Verkehrszeitung“, die anscheinend nur ein Privatunternehmen ist. Den Assistenten wird es schwer verdoht und direkt verwehrt, für die Zeitung des deutschen Assistentenverbandes zu werben; aber Herr Fischer tritt direkt unter Benutzung des amtlichen Apparates als Werber und Inseratenkommissionär für das amtliche Blatt auf! Das Inseriren in diesem bloß von Postbeamten geleiteten Organ ist eine Geldverschwendung, wie sie ausschweifender nicht gedacht werden kann, wenn nicht auf diesem Umwege lediglich die Unterstützung des Organs selbst mit amtlichen Geldern bezweckt wird. Und diesen Anschein hat es in der That. Natürlich leugnet die Verwaltung stets, wie auch bei der Choleraepidemie in Hamburg, daß hier etwas durch Zwang bewirkt wird; es geschieht alles freiwillig. Der Staatssekretär ist ja auch mit Strafanträgen gegen Zeitungen, die solches behaupten, nicht sparjam. Für die Sozialpolitik des Herrn von Stephan liefern die Zeitungen täglich neue Beiträge. In Magdeburg empfahl der Oberpostdirektor den Unterbeamten, in ein bestimmtes Pensionat zu ziehen; in Düsseldorf muthete man denselben zu, 100 M. in eine Kleiderkasse zu zahlen. Alle diese Maßnahmen mußten uns etwa so an, als wenn die oberen Beamten weiter von Kleinfingerbewahr-Anstalten sind. Das größte hat aber das Reichspostamt in der berechtigten Choleraepidemie für Hamburg geleistet. Die Postverwaltung hatte die Pflicht, wo infolge der Cholera Noth eingetreten war, den Beamtenfamilien mit Reichsmitteln beizuspringen; die Staatsüberschreitung wäre gewiss von niemand im Reichstage beanstandet worden. Statt dessen hat man den Klingelbeutel bei allen deutschen Postbeamten herumgehen lassen und diese „freiwillige“ Sammlung veranstaltet, zu der die Anregung von Köln ausgegangen sein soll. Herr v. Stephan war hocherfreut über diese Sammlung, weil er die Reichsmittel nun nicht mehr anzugreifen brauchte. Auf die Unterbeamten hat natürlich die Sammlung wie ein Zwang gewirkt. Einen privaten Charakter hatte die Sammlung schon deshalb nicht, weil die einzelnen Sendungen amtlich portofrei befördert wurden. In der Presse hat diese Sammlung einen wahren Sturm erregt. Bei dieser Gelegenheit ist aller Anzettel gegen diese Art sozialer Politik zum Ausdruck gekommen. Das hochkonservative antisemitische „Volk“ hat mit ganz besonderer Deutlichkeit diese Kollekte verurtheilt. Dem Blatte steht Herr Stöcker sehr nahe und es ist anzunehmen, daß in der ganzen konservativen Partei diese Anschauung vorherrscht. Ganz ähnlich hat sich das Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, ausgesprochen. Auf diese Weise sind den armen Postbeamten 48 000 Mark abgenommen worden. Was außerdem das Reichspostamt gegeben hat, ist nicht bekannt geworden, die „Verkehrszeitung“ hat sich darüber ausgesprochen. Auf eine Aenderung dieser beklagenswerthen, unerquicklichen Zustände müssen wir alle unausgesetzt sinnen. Die Beamten haben sich mit ihrem Verstande zu helfen gesucht, den die Verwaltung mit unaussprechlichem Hass verfolgt. Herr v. Stephan meint, ein Staatsbeamter verzichte auf einen Theil seiner staatsbürgerlichen Rechte. Wir meinen das nicht, wir halten daran fest, daß auch einem Staatsbeamten das Recht, durch Vereinsgründung zur Verbesserung seiner sozialen Lage beizutragen, nicht verkannt werden darf. Die Lehrer, selbst die Geistlichen haben solche Vereine gegründet und niemand tritt ihnen entgegen. Der Assistentenverband wird in der schmachlichsten Weise drangsalirt, wie namentlich der Erlass beweist, der die Theilnahme an dem Verbandstage im vorigen Sommer verhindern sollte. Es hat sich ein reiner Verfolgungsparoxysmus der höheren Beamten entwickelt, wie besonders aus dem Bericht des Oberpostdirektors Köhne in Düsseldorf hervorgeht. In demselben Moment, wo man den Unterbeamten nahelegt, sich nach der Decke zu strecken, wird uns im Etat zugemuthet, die Mittel für Vergrößerung der Dienstwohnung des Staatssekretärs zu bewilligen. Es hat erst ganz vor kurzem in diesen Räumen ein Fest stattgefunden, bei welchem 500 Personen zugegen gewesen sein sollen. Ich wünsche, daß der Reichstag diese Verhältnisse recht genau und gründlicher erörtern möge, als es mir in diesem Vortrage möglich war. (Beifall links.)

Referent Wuhl hebt hervor, daß nach Auskunft der Verwaltung in der Kommission die Kollekte nicht von oben angeregt, sondern die Anregung von unten nur oben gebilligt worden sei.

Staatssekretär von Stephan: Der Vorredner hat sich auf Zeitungsanschnitte berufen (Unruhe links), um die Postverwaltung, deren Ruf bisher in der ganzen Welt hoch stand, bloßzustellen. Er hätte doch einfach sagen sollen, in der Postverwaltung herrschen die schauerhaftesten Zustände und der Staatssekretär gehört in die Wolfshöhle. (Heiterkeit.) Im Anfang war die Rede mit

einigen allgemeinen Bemerkungen ausgestattet. Da war auch die Stagnation wieder erwähnt, die man immer hervorhebt, wenn man keine substantiirte Beschwerden erheben kann. Im übrigen widersprechen sich die einzelnen Beschwerden unter einander oder sie standen mit dem Standpunkte, den die Herren sonst bei ihrer Kritik der Postverwaltung gegenüber einnehmen, im Widerspruch. Der Frage des Postassistentenverbandes habe ich ganz kühl gegenüber; auch dieser Sturm im Glase Wasser wird bald verlaufen. Bei der Gründung des Verbandes ist von der Zentralstelle verfügt worden, daß man von einer Warnung absehe (Heiterkeit links) im Vertrauen auf den gesunden Sinn der Beamten. Der Verband hat nur eine Minorität der Postassistenten als Mitglieder, die sich stets vermindert. Die finanzielle Situation des Verbandes ist prekär, ein Defizit bereits vorhanden. Er hat für Verwaltungskosten die ganz unglaubliche Summe von 25 000 M. ausgegeben. Gegen den Ausbruch „Proletarier“ und ähnliche Ausdrücke, die auch eine gewisse Preise gern gebraucht, muß ich entschieden protestiren. Die Postbeamten wollen ihre Interessen in dieser Weise und von dieser Presse gar nicht wahrgenommen haben. Was wollen die Beamten denn eigentlich? Zulage haben? Oder Beförderung? (Rufe: Beides! Groke Heiterkeit.) Die jetzige Organisation innerhalb der Post besteht seit 20 Jahren und hat sich bewährt. Worüber beklagen sich denn diese Leute? Sie kommen ja freiwillig zu uns, sie erhalten das Reglement vorgelegt und können sich mehrmals überlegen, ehe sie sich entschließen. In der Organisation liegt der Fehler nicht, wenn ich auch nicht sagen will, daß die Organisation ewig vorhalten solle. Ganz falsch ist es, daß die Postassistenten nicht zu Reserve-Offizieren befördert werden. Es kommt dieser Fall alle Tage vor. In einer Reihe von Zeitungen ist in wohlmeinender Absicht vor der Gründung dieses Verbandes gewarnt und die Fürsorge der Verwaltung für ihre Beamten gerühmt worden. (Der Staatssekretär verliest einige begügliche Stellen.) Bis zum vorigen Jahre habe ich keine Strafanträge gestellt; erst seit der Assistentenverbandes-Geschichte habe ich einschreiten müssen; und da sind aus der ganzen Linie zahlreiche und kräftige Beurtheilungen erfolgt. Die Redakteure haben sich sehr gewundert, weil ich sonst alles so ruhig hingenommen hatte. (Heiterkeit.) Sollte ich mir die immer frecher und dreister werdenden Angriffe gefallen lassen? Was Herr Volksth von der „Verkehrszeitung“ gesagt hat, ist alles unrichtig. Die Zeitung ist kein amtliches, sondern ein vollständig freies Organ. Ich will lieber unpopulär, als bei Herrn Volksth populär sein. (Beifall rechts.) Diese Angriffe habe ich nur in den radikalen Blättern gelesen, sonst nirgends. (Abg. Volksth: Ich habe ja aus dem „Volk“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ vorgelesen.) Die Sammlungen sind auch nicht portofrei befördert worden. Daß ich die Erholungsurlaube, die ich selbst eingeführt habe, nicht werde benutzen lassen, damit die Beamten während derselben gegen die Verwaltung agitiren, versteht sich doch von selbst. Durch das Reichsbeamten- und Disziplinargesetz wird den Beamten allerdings eine Verfürzung der staatsbürgerlichen Rechte auferlegt; daran werde ich unter allen Umständen festhalten. Die Spar- und Voranschussvereine wirken sehr segensreich; sie haben schon 20 Millionen gespart und zahlreiche Beamte sind durch sie Bucherhänden entrisen worden. (Beifall rechts.) Zur Kaiser-Wilhelm-Stiftung werden Beiträge nicht geleistet. Aus den Wohlthätigkeits-Anstalten der Post haben im vorigen Jahre nicht weniger als 88 000 Beamte Unterstützung erhalten. Das Wohlwollen der Zentralverwaltung gegen die ehrenwerthe Klasse der Postbeamten wird nicht beeinträchtigt werden durch diese Vorgänge und Erfahrungen. Andererseits aber werde ich die Disziplin unter dem großen Beamtenpersonal der Reichspostverwaltung mit aller Energie zu wahren wissen! (Beifall rechts.)

Abg. Rugeus (Z.): Ich habe mich persönlich bemüht, über die Ziele des Assistentenverbandes näheres zu erfahren. Ich habe bald erkannt, daß die Herren für die Förderung menschlich-sittlich-ethischer Ideale, für Sonntagsruhe, Kirchenbesuch und dergleichen gar kein Interesse zeigen. Ich bin somit zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieses Unternehmen keine Unternehmung verdient und theile die Ansicht des Herrn v. Stephan über den Verband durchaus. Redner geht dann auf die tatsächliche Gestaltung der Sonntagsruhe und das Besuchen des Sonntags-Gottesdienstes für die Postbeamten ein. Man nähere sich mehr und mehr der vollständigen Sonntagsruhe, wenn auch noch nicht alles erreicht sei. Staatssekretär von Stephan ist sehr erfreut über das Zeugnis, welches ein so erfahrener Mann wie der Vorredner in seinem Sinne über den schlechten Charakter der jetzigen Bewegung abgegeben habe. Auch Herr Rugeus habe erkannt, daß die Beamten, die noch dem Verbands angehören, einfach irre geleitet seien.

Abg. von der Schulenburg (L.) wünscht eine Verbesserung der Gehälter der Landbriefträger, die ein Durchschnittsgehalt von nur 775 M. bezögen. Die Hilfsbriefträger bekämen noch viel weniger, bis zu 1,50 Mark pro Tag. Außerdem erbittet Redner die Beseitigung der Postgebühren für ländliche Telegraphen.

Direktor im Reichspostamt Fischer stellt die baldige Erfüllung dieser Bitte in Aussicht. Die Verwaltung sei fortdauernd bestrebt, die Stellen der etatsmäßigen Landbriefträger zu vermehren, so in dem vorgelegten Etat um 400.

Abg. Warm (Soz.): Der Ton, den der Staatssekretär hier angeschlagen hat, kann uns nicht verbinden, eine scharfe Kritik an den bestehenden schlechten Zuständen zu üben. Er meinte zwar, er gäbe auf die Reden, die hier gehalten werden, nichts; es ist ja sehr schön um das Selbstbewußtsein, andere nicht hören zu wollen, aber so lange wir noch in einem konstitutionellen Staate leben, wird er sich doch darum kümmern müssen, was hier im Reichstage vorgebracht wird, oder er erklärt das Ganze für eine Komödie und thut, wie im absolutistischen Staat, im übrigen alles, was er will. Ich glaube nicht, daß er solche Gelüste trägt, obwohl das ganze Verfahren in der Reichspostverwaltung besonders in der 3. Abtheilung genau an die dritte Abtheilung in Rußland erinnert. Die Beamten werden ja nicht bestraft, sondern nur „aus dienstlichen Gründen versetzt“. In Rußland nennt man das „verschickt“, weil sie sich lästig gemacht haben. Die Postbeamten wissen recht gut, was es für sie zu bedeuten hat, wenn sie oben Anstoß erregen, indem sie auf das „Wohlwollen“ ihrer Vorgesetzten angewiesen sind, wenn sie eine Gehaltserhöhung haben wollen. In der Budgetkommission ist der Versuch gemacht worden, geschliche Maßregeln zu ertheilen, daß die Beamten ein bestimmtes Recht auf Dienst-Altershilfen erlangen, daß jede Willkür und jedes Wohlwollen ausgeschlossen ist. Dieser Grundsatz ist aber von seiten des Staatssekretärs auf das lebhafteste bekämpft worden. Der Staatssekretär bezeichnet es als einen Akt der Wohlthätigkeit, daß er es gewesen sei, der die Penur aufgehoben hat, daß jeder seine freie Meinung äußern könne. Dieses Recht steht jedem Preußen nach der Verfassung zu. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es Rechte giebt und nicht Gnade. Die Beamten brauchen das Wohlwollen des Staatssekretärs nicht, sie haben ihre Pflichten zu erfüllen, wie alle Beamten. Sie bedürfen weder der Gnade noch der Ungnade des Staatssekretärs. Vorkäufig läßt er seine Ungnade in vollstem Maße

denen zu theil werden, die ihn, wie er sagt, seit zwanzig Jahren zu sehr geübert haben. Das ist der Postassistenten-Verband, der durchaus nicht sozialdemokratisch ist. Er hat wohl vergessen, daß er den verantwortlichen Redakteur des Hamburger „Echo“, der mit dem Postassistenten-Verband absolut nichts zu thun hatte, verklagte wegen eines Artikels über die Hamburger Cholerafamilie, und zwar stellte er Strafanktrag unter der Bedingung, daß er sichere Aussicht hätte, daß der Redakteur verurteilt würde. (Lachen links). Er sprach über den Verband in einer Weise, daß man glauben kann, es wäre am besten, wenn sämtliche Postassistenten sofort aus dem Dienste gesagt würden. Er wies auf einen Verein hin, der vor 20 Jahren bankrott gemacht hätte. Das wird wohl auch so ein Vorkehrverein gewesen sein! Um so mehr erregt es Erstaunen, daß er den jetzt gegründeten Spar- und Vorschußverein so rühmt. Dieser Verein nimmt die Gelder der Wohlhabenden und giebt sie den minder Wohlhabenden, damit diese die 5-6 pSt. Zinsen für jene aufbringen. Das ist ja die Grundlage des kapitalistischen Systems von heute. Wenn die Postverwaltung anerkennt, daß in ihren Kreisen es notwendig ist, Vorschuß zu geben, so müßte sie über Staatsmittel verfügen, um aus eigenen Kräften Vorschußstellen zu gründen. Der Staatssekretär erklärte, der Postassistenten-Verband sei eine sehr gefährliche Gesellschaft. Es wären unruhige Köpfe, die wußt agitieren, und er meinte bei dieser Gelegenheit, derjenige, der in den Staatsdienst trete, entäußere sich damit eines Theils seiner staatsbürgerlichen Ehrenrechte: Versammlungen beiwohnen, bestimmten Vereinen angehören und eine eigene Meinung haben zu können. Derjenige, der für Brot seine Zustimmung verlaufen muß, wird allerdings entehrt. (Präsident v. Lebenow: Die Behauptung, daß die Staatsbeamten eines Theils ihrer staatsbürgerlichen Ehrenrechte beraubt seien, ist eine Beleidigung des Beamtenstandes. Ich muß denselben biergegen in Schutz nehmen und rufe den Redner zur Ordnung.) Ich habe nur gesagt, daß derjenige, der in den Staatsdienst tritt, sich damit eines Theils seiner bürgerlichen Ehrenrechte entäußern müsse. In dem Augenblick, wo die Disziplin leidet, hat die vorgesetzte Behörde selbstverständlich die Pflicht einzuschreiten, aber erst muß der Nachweis dafür erbracht werden. Daß der Verein von Jahr zu Jahr immer weniger Mitglieder hat und schließlich bankrott machen wird, ist eine Folge des allgemeinen Wohlstandes, der die Leute in allen Berufsgruppen zwingt, ihre wahre Meinung zu verbergen. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß sich für die schlechte Bezahlung noch immer eine Masse Leute finden, die froh sind, ein Unterkommen zu haben. Die Macht des Geldes ist auch innerhalb der Postverwaltung sehr groß. Geben Sie den Herren Bewegungsfreiheit, dann werden sie ihre Interessen zu wahren wissen. Das Wohlwollen des Staatssekretärs besteht in dem Wunsche, daß die Beamten nicht müßig sind. Dadurch wird die Unzufriedenheit nur vermehrt, von der die Postverwaltung keine Ahnung hat, trotzdem ihr manchmal „aus Versehen“ Papiere in die Hände fallen, die nicht an die Adressen des Staatssekretärs gerichtet sind. Veröffentlichung Sie doch einfach alle geheimen Zirkulare! Wenn die Reichs-Postverwaltung sich nicht immer erst von uns erlappen ließe, wären wir nicht mehr auf Zeitungsausschnitte und indirekte Mittheilungen angewiesen. Bei der Cholerafamilie erfuhr die Beamten, daß der Staatssekretär der Sache sein Wohlwollen entgegen bringe. Eine solche Veröffentlichung genügt, um den größten moralischen Druck auszuüben. Beamte, die 8-900 M. Gehalt hatten, mußten 60 M. zahlen, der Staatssekretär mit 24000 M. Gehalt gab 20 M. (Geisterheil.) Die Klagen der Beamten sind außerordentlich umfangreich und werden bei den einzelnen Titeln von uns näher erörtert werden. Der Magdeburger Ober-Postdirektor hat nach dem berühmten Sparagoge-Müller seinen Beamten Sparsamkeit empfohlen, hat ihnen aber nicht nachgewiesen, wo sie für 35-45 M. monatlich Wohnung und volle Beschäftigung finden. Der Staatssekretär verweist auf die Zuschüsse der Eltern. Mit diesen erzielt also die Reichs-Postverwaltung zum Theil ihre Ueberschüsse. Außerdem macht man den Dienst zum Privilegium der Wohlhabenden. Es ist gut, daß das hier festgestellt ist. Der Oberpostdirektor Schulte warnte seine Beamten vor der Ausbeutung durch die Juden. Nicht ist verwirflicher, als die Wohlthat eines Menschen auszuheulen, aber ebenso verwirflich ist es, wenn ein Arbeiter oder Beamter eine Bezahlung erhält, die nicht im Verhältnis zu seiner Arbeitsleistung steht und ihn zwingt, dem Wucherer in die Hände zu fallen. Die Postbeamten sollen auch noch Kantionen sparen und Kassenbeiträge leisten. Wie die Leute da existieren sollen, ist ein Räthsel, das nur derjenige lösen kann, der an Hunger gewöhnt ist, wie es leider ein großer Theil der Postbeamten und Unterbeamten ist. Auch wenn jemand sich verheirathen will, wird seitens der Postverwaltung Vorsehung gespielt, wie ein mir vorliegendes Zirkular beweist. Ihre Beschwerden können die Postbeamten nicht zum Ausdruck bringen, weil sie die Maßregeln fürchten. Die Agrarier haben die Parole ausgegeben, zu schreiben, die Postbeamten aber sollen nicht schreiben, nicht agitieren. Die Unzufriedenheit schaffen Sie nicht durch Vergewaltigung aus der Welt, sondern dadurch, daß Sie die Beschwerden anhören und den Beamten gestatten, sich zu organisieren.

Um 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Debatte auf Sonntag abend 1 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberatung der 10x Feinze begann ihre heutigen Abstimmungen mit einer erheblichen Verschlimmerung der Beschlässe erster Instanz. Infolge der bestehenden Rechtsprechung müssen Eltern, die es nicht hindern, das Verlobte allem Brauch entsprechend im Elternhause die eheliche Pflicht während der Brautzeit ausüben, mit der Minimalstrafe von einem Jahre Zuchthaus belegt werden. In erster Lesung war für solche Fälle Gefängnisstrafe bis auf einen Tag herunter zugelassen. Inzwischen mag dem einen oder anderen die Erkenntnis gekommen sein, daß vermögende Brautpaare eheliche Freuden auch außerhalb des Elternhauses voll genießen können — mit einer Stimme Mehrheit wurde die Möglichkeit der Jubilation von Gefängnisstrafe gestrichen: also ein Jahr Zuchthaus dem Schwiegerwater des Feinzeiners! Um dem wirklichen Sittlichkeitsbewußtsein des Volkes entgegenzukommen, und vor allem derartige ansehnliche Parteien zu befeitigen, beantragte Stadthagen, den Beschluß zwischen Verlobten als keine unzüchtige Handlung im Sinne der Kuppelparagraphen zu erachten. Der Antrag fiel gegen die sozialdemokratischen Stimmen: ein bezeichnender Vorfall für den Mangel der herrschenden Klassen, wirklich bestehende Verhältnisse der Wirklichkeit entsprechend anzuerkennen. § 181a (Zuhälterparagraph), desgleichen § 182, der die Verführung von Mädchen bis 18 (statt 16) Jahren unter Strafe gestellt wissen will, wurden nach lebhafter Debatte angenommen. Der Erfolg ließ den Nachwärtsredirektoren den Kamm schwellen: zu § 182a — dem einzigen neuen Vorschlag der Kommission, der ein arbeiterfreundliches Gesicht hat — beantragte der nationalliberale Dr. Pieschel eine Verschlechterung. § 182a bestimmt, daß Arbeitgeber oder Dienstherrn oder deren Vertreter mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft werden sollen, welche unter Mißbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses, insbesondere durch Androhung oder Verhängung von Arbeitsentlassung, von Lohnkürzungen oder von anderen mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängenden Nachtheilen oder durch Falschheit oder Verleumdung von Arbeit, von Lohnrückzahlung oder von anderen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Vorteilen ihre Arbeiterinnen zur Fuldung oder Verübung unzüchtlicher Handlungen bestimmen. Hier, meinte nun Pieschel,

sei es doch bedenklich, Fabrikanten, deren Söhne, Werkmeister, Gutsherren, Inspektoren zu bestrafen, wenn sie unter Mißbrauch ihrer Stellung Handlungen unternehmen oder dulden, so man unzüchtige nennt, und das, nur die Bestimmung zum Beschluß, nicht aber zu anderen unzüchtigen Handlungen mit Strafe zu belegen. Baron v. Gustedt: Ab laden sekundirte dem Antragsteller wieder, indem er auf die landesüblichen Sätze gegenüber den ländlichen Arbeiterinnen verwies — solche Sätze „seiner Damen“ gegenüber verbieth, nennt bekanntlich die Regierung Handlungen, die von besonderer Rohheit und Sittlosigkeit zeugen und deshalb mit Battenarrest belegt werden müssen. Auch der Geh. Ober-Justizrath Lucas trat, soweit seine Regierung und sein Alter das erlaubte, tapfer für die Beschränkung des Schutzes gegen Mißbrauch der Stellung wohlthätiger Arbeitgeber ein. An einer Reihe theilweise recht drastischer Fälle weisen Oebel und Stadthagen nach, daß der natürliche Beschluß der Nebel größtes nicht ist, welches von Fabrikanten und Dienstherrn ihren Angestellten zugemuthet wird. Schließlich fiel der Antrag Pieschel und gelangte der Beschluß erster Lesung zur Annahme. Wegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten gelangte dann § 184 in der Form erster Lesung zur Annahme. Morgen um 10 Uhr wird die Berathung mit der neuen Bestimmung des § 184a begonnen, der — eine Musterleistung reaktionären Nachwerks — als Fessel für Kunst und Literatur und als Waffe wahrhaft unzüchtiger Gedanken das öffentliche Ausstellen oder Anhängen von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen unter Strafe gestellt wissen will, welche durch Unflätigkeit oder Unkeuschheit geeignet sind, das Scham- oder Sittlichkeitsgefühl gröblich zu verletzen.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind abgehalten worden in Hebelingen (Hof. Stern-Stuttgart).

Gemeindevahlen. Bei der Gemeinderathswahl in Goldbach (Gotha) regte die Liste der Sozialdemokratie. Die Karlsruher Genossen werden für die dritte Klasse der Stadtverordneten eine eigene Liste aufstellen. Die Parteigenossen in Zwickau beschloßen gleichfalls die selbständige Betheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen.

Von der Agitation. Aus Grünberg i. Schl. wird uns geschrieben: In dem zu unserem Kreise gehörigen Landstädtchen Deutsch-Wartenberg fand am 26. Februar die erste sozialdemokratische Volksversammlung statt und zwar zum Schreden aller Spielbürger sogar im Rathhauseaal. Die Bevölkerung von Wartenberg und Umgebung ist überwiegend ultramontan gegliedert und es war voranzusehen, daß die Versammlung nicht ganz reglementarisch verlaufen würde. Die unter dem Kommando der katholischen Geistlichkeit stehende Majorität wählte beide Ortsgeistlichen und zwei ehrsüchtige Bürger ins Bureau. Dann ergriff sofort der katholische Pfarrer Hille das Wort, um in einem salbungsvollen Speech die Sozialdemokratie zu vernichten, wobei ihm die heißen Schwitztropfen über die fettglänzenden Wangen flossen. In circa 10 Minuten war seine Weisheit erschöpft, und nun forderte er die Anwesenden auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Ungefähr 1/3 derselben folgte ihm. Hieran ergriff Genosse Stolpe-Grünberg das Wort zu dem angelegentlichsten Thema: „Die Ziele der Sozialdemokratie und die neue Militärvorlage.“ Auch die Gegner bewahrten jetzt die größte Ruhe und stimmten in den Beifall mit ein, der während der Rede und hauptsächlich an deren Schluß dem Vortragenden zu Theil wurde. Wie und ein Wartenberger Bürger mittheilte, war ursprünglich eine Sprengung der Versammlung beabsichtigt; dies scheiterte jedoch an dem ruhigen Verhalten unserer Genossen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die überwiegenden Beamten die größte Unparteilichkeit beobachteten und uns bei Aufrechterhaltung der Ordnung in jeder Weise unterstützten.

Nochmals Taschen zu! Louis Miley ist, wie uns Genosse Fleischmann aus Frankfurt a. M. schreibt, der wirkliche Name des neulich erwähnten Schwindlers, der die Genossen anzupumpen sucht. Er spricht französisch und befindet sich in Begleitung eines deutschsprechenden, etwa 35 Jahre alten Mannes. Miley stellt sich gewöhnlich zuerst allein vor, und zwar als französischer Genosse und stillenloser Uhmacher; ist der erste Versuch erfolglos, so erscheint er zum zweiten Male in Gesellschaft seines Begleiters, der eine Tasche mit Handwerkszeug, angeblich zur Reparatur von Uhren, bei sich führt. Gibt es kein Geld, dann erwartet er wenigstens eine Uhr „zum Reparieren“ zu bekommen, die dann ebenso verschwinden kann, wie die Einzahlung zum Pariser internationalen Arbeiterkongreß, die von Miley dem Genossen Fleischmann entwendet worden ist. Deshalb nochmals: Vorsicht!

Friedrich Küster in Jülich hält in einer in der Magdeburger „Volkstimme“ veröffentlichten Zuschrift die Beschuldigung aufrecht, daß in der Reineidsangelegenheit der Journalist Gonderli die denunziatorischen Nachrichten über ihn verbreitet habe, und weist nach, daß dieser erst aus der Partei austrat, als vom Parteikomitee der Schweiz bei der Züricher Mitgliedschaft sein Ausschluß beantragt war.

Todtenliste der Partei. In Lutter a. W. ist am 25. Februar der Steinmetz Fritz Vöge im Alter von 57 Jahren gestorben.

Kollegisches, Gerichtliches etc. — Das Obergericht der Landgerichte verurtheilte den Genossen Kuntel zu 14 Tagen Gefängnis, weil er in einer Volksversammlung die christliche Kirche geschmäht haben soll. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. Die Verhandlung war geheim.

— Vorm Schöffengericht zu Frankfurt a. M. standen 18 Genossen aus Oberarr unter der Anklage, ohne polizeiliche Genehmigung einen öffentlichen Auszug veranstaltet zu haben. Der Anklage lag weiter nichts als die Thatsache zu Grunde, daß beim Heimweg der Oberarrder Schreiner und Schuhmacher von einem Walselt die Musik ein Stück gespielt und dies eine größere Anzahl von Leuten herangezogen hatte. Die 18 Genossen aber waren, was das schönste, mit Ausnahme eines einzigen, gar nicht an dem „Auszuge“ betheiligt, und mehrere konnten das auch noch nachweisen. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte frei. Die mit dem Gang zu Gericht verbundenen Kosten und Unbequemlichkeiten aber haben sie weg.

— Der Konsumverein in Goldbach wollte am 26. Februar sein Stiftungsfest durch einen Ball feiern. Die Amtshauptmannschaft verbot das Fest, weil ein Bedürfnis hierfür nicht vorliege! Obwohl, wie sich denken läßt, Goldbach und Grimma im „gemüthlichen“ Sachsen liegen, wird gegen das Verbot doch Beschwerde geführt werden.

Tokales.

Humanität im Klassenhaat. Ueber die Universität-Frauenklinik in der Artilleriestraße wird uns geschrieben: Meine Frau war seit 6 Wochen an schwerem Rindbettfieber erkrankt. Da der Zustand immer bedenklicher wurde, wandte ich mich in meiner Verzweiflung an die Frauenklinik mit der Bitte um Aufnahme. Der Arzt du jour fragte mich, ob ich für die Kranke ein besonderes Zimmer wünsche. Da ich das in Rücksicht auf die hohen Kosten leider verneinen mußte, rief er mir,

am nächsten Vormittag meine Frau nach der Klinik zu bringen. Zur festgesetzten Stunde erfolgte der Transport mittels Krankenwagens, die Kranke wurde schwereliegend in das Untersuchungs-zimmer getragen und erhielt, nachdem — natürlich zuvor — die Geldfrage erledigt war, einen Aufnahmefchein. Eine barmherzige Schwester erscheint und fragt nach Art und Dauer der Krankheit, sowie nach dem „Schein vom Arzt“. Einen solchen besaß ich nicht. Ich besand mich in dem verzehlichen Irrthum, daß ein schwer Kranker auch ohne schriftlichen Aufweis sofortige Hilfe in einer öffentlichen Heilanstalt zu erwarten habe und etwa nöthige Formalitäten nachher zu regeln wären. Mit einer nicht mißzuverstehenden Handbewegung eilte die Frau fort, und lehrte bald mit einem Arzt zurück, welcher, ohne die Kranke untersucht zu haben, erklärte: „Ich habe keinen Platz. Ich kann Sie nicht hier behalten.“ Meine Frau, welche dringend genöthigt hatte, nach der Klinik gebracht zu werden, rang weinend die Hände und flehte den Arzt an: „Bitte, bitte, Herr Doktor, behalten Sie mich doch hier!“ Bergebens. Der Arzt wiederholte: „Ich habe keinen Platz.“

Schmerz und Empörung schnürten mir die Seele zusammen, erst das Flehen der Kranken, ihre brennenden Lippen mit Wasser zu nessen, brachte mich wieder zu mir selbst.

Meine Nichte, welche glaubte, die „Barmherzige“ höre die Bitte der Kranken nicht, wiederholte dieselbe, doch ruhig und kalt drehte sich diese um; Meins voller Angst und Empörung geäußerten Worte: „Hat man denn hier gar kein Mittel mit einer so schwer Kranken?“ veranlaßten den Arzt zu den Worten: „Das ist stark! Machen Sie hier keine Szene!“

Noch war ich betäubt von dem Vorgang und konnte die christliche Moral dieser Samaritaner nicht recht begreifen, als schon die Leute vom lästlichen Krankenwagen den umständlichen Rücktransport mit der Kranken antraten. An der Hintertreppe standen mitleidigen Blickes einige Küchenmädchen, welche wir nochmals baten, meiner Frau, welche nach Erfrischung lechzte, einen kühlen Trunk zu reichen. Diese kamen unserer Bitte sofort nach. Auf Anrathen der Kranken-Transporteure brachten wir meine Frau nun nach dem Städtischen Krankenhaus am Friedrichshain, wo dieselbe unverzüglich liebevolle Aufnahme fand.

Ich frage: „War der erste Arzt, welcher die Kranke um 10 Uhr zur Klinik bestellte und welchem ich genau die Schwere der Krankheit geschildert hatte, nicht verpflichtet, zu sagen: „Wir haben jetzt hier keinen Platz, Sie werden Ihre Frau anderwärts unterbringen müssen?“ Und fernere: War bei Ankunft mit der Kranken wirklich kein Platz, warum erst die Aufnahmeformalitäten, während die Kranke Folterqualen erliden mußte? Soweit der ergreifende Bericht.

Und wir fragen weiter: Würde die Zurückweisung auch erfolgt, würde die Behandlung die nämliche, herglose gewesen sein, wenn die Kranke zu den „besseren Ständen“ gehört hätte, wenn sie erste Station hätte bezahlen können?

Fort mit den Klassenunterschieden aus den öffentlichen Krankenhäusern! Erst dann, wenn alle unentgeltlich in denselben verpflegt werden, werden solche Vorgänge, die der so oft gerühmten Humanität unseres Jahrhunderts ins Gesicht schlagen, unmöglich sein. Doch diese Unterscheidung zwischen armen und reichen Kranken gehört eben mit zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und wird erst mit der Aufhebung der Klassenunterschiede selbst verschwinden.

Freie Volkshöhle. Die nächste Serie der Vorstellungen der „Freien Volkshöhle“ finden am Sonntag, den 5., 12., 19. und 26. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Festspieltheater statt. Zur Aufführung gelangt „Der zerbrochene Krug“ von Heinrich von Kleist mit Herrn Böcker als Dorfrichter Adam, und „Die Großstadtluft“ von Dr. Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Der Schriftsteller Maximilian Harden wird sich, wie wir hören, am 10. d. M. auf die Anklage wegen Majestätsbeleidigung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten haben. Es handelt sich um einen Artikel unter der Ueberschrift „Monarchen-Erzziehung“.

Bezüglich des Bahnhofs-Vorsteher Sachler aus Dörschtersfelde hat sich die Angelegenheit zunächst dahin geklärt, daß eine Unterschlagung ihm amtlich anvertrauter Gelder vorliegt. Die Höhe kann auf rund 10500 M. angegeben werden. Auf fallend muß erscheinen, daß die Veruntreuung einer für die Stationskasse in Dörschtersfelde hohen Summe, die sicherlich nicht auf einmal stattgefunden hat, nicht schon längst bei den Kassenskontrollen bemerkt worden ist. Eine Erklärung hierfür dürfte darin zu finden sein, daß Sachler, dessen Unredlichkeiten seit Jahr und Tag begonnen haben, in Gemeinschaft mit einem zweiten Beamten zu Werke gegangen sein soll. Wer dies ist, entzieht sich noch der Oeffentlichkeit. Der Zustand Sachlers, der immer noch sehr bedenklich erscheint, wird auf einen Selbstmordversuch zurückgeführt, bei dem unzureichend wirkende Mittel in Anwendung gekommen sind. Nichtselbst bleibt immer noch, wie der schwererkrankte Mann in der Nacht nach Dörschtersfelde zurückgekommen ist. Etwas unverständlich erscheint es, wie der Stadtrath gegen den am Freitag voriger Woche verschwindenden Beamten noch gestern veröffentlicht werden konnte, nachdem der Gesuchte bereits am Dienstag spät Abends wieder heimgekehrt war.

Wiederum ist ein Fremder aus einem hiesigen Gasthofs spurlos verschwunden. Der sechzig Jahre alte Handelsmann Wilm aus Falken in Thüringen war bei seiner Anwesenheit in Berlin seit Jahren im Gasthofs „Am grünen Baum“ in der Mollatstraße abgeseigen. Am Mittwoch voriger Woche entzweite er sich mit dem Wirths und bezog einen Gasthof in der Lindenstr. 24. Sein Sohn blieb im Grünen Baum mit den Waaren, und der Vater erschien dort täglich zu geschäftlichen Rücksprachen, das letzte Mal am vergangenen Montage. Beim Fortgehen hatte er etwa hundert Mark bei sich, ist aber weder in den Gasthof der Lindenstraße, noch in seine Heimath zurückgekehrt. Ueber den Verbleib ist bisher nichts ermittelt worden.

Eine eigenthümliche Heberausung wurde den Bewohnern des Hauses Ewinmündersstraße 12a vorgestern Vormittag zu theil. Auf dem Treppenaufgang des vierten Stockwerks hing an dem Kreuz des Flurfensters die Leiche eines etwa vierzig Jahre alten Mannes. Wie sich später herausstellte, ist es der Arbeiter Adolf Bohn, der Weisenburgerstraße 71 wohnte und nur zum Zweck des Selbstmordes jenes Haus aufgesucht hatte. Die Beweggründe zur That werden in unglücklichen Familienverhältnissen gesucht.

Aus Furcht vor einer gerichtlichen Bestrafung erschöpfte sich vorgestern Nachmittag in der Wohnung seiner Mutter am Kohlensufer 2 der achtzehn Jahre alte Handlungsgehilfe Alfred Mördel. Wie wir hören, hat er sich bei einem hiesigen Handlungsgehilfen Veruntreuungen zu Schulden kommen lassen und fürchtete die Anzeige seines Prinzipals. Er benutzte die Abwesenheit seiner Mutter, um zwei Schüsse aus einem Revolver auf sich abzufeuern. Als Frau M. spät Abends nach Hause zurückkehrte, fand sie ihren Sohn als Leiche vor.

Der Handelsmann Adolph Thoff aus Nordend bei Rosenthal, der in der vorigen Woche unter dem bringenden Verdachte verhaftet wurde, den Förster Wast auf Forsthaus Döringsbrück bei Gremmen erschossen zu haben, ist von diesem schweren Verdachte gereinigt und wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Von vornherein hatte er seine Unschuld behauptet und behauptet, daß er die Wilderei an den Jagel gehängt habe und sich vom ehelichen Kartoffelhandel ernähre. Er hatte auch einen umfangreichen Alibibeweis angetreten, aber dessen hat es gar nicht bedurft. Am Freitag voriger Woche wurde er vom Moabiters Untersuchungsgefängnis aus durch zwei Berliner Kriminalschutzleute nach Döringsbrück transportiert, wo ein Vorkatzen von Gerichtspersonen des Amtsgerichts Gremmen abgehalten wurde. Dazu hatten sich hunderte von Menschen,

Berein der Maschinisten und Heizer Berlins.
 Sonntag, den 5. März, Nachm. 5 Uhr, in Schallheiss' Brauerei-Ausschank,
 Neue Jakobstr. 24/25: **Versammlung.**
 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Georg Morris. 2. Verschiedenes.
 Gäste willkommen. 250/8 **Der Vorstand.**

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband
 und verw. Berufsgenossen.
 Sonntag, den 5. März, Abends 6 Uhr, bei **Hermers Schmidt**, Moabit,
 Berlebergerstr. 28a:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Die Lohnbewegung in der Schneiderei und wie stellen sich die Kollegen
 Moabits hierzu. Referent Kollege L. Pfeiffer. 2. Diskussion.
 Die Kolleginnen und Kollegen werden eingeladen zahlreich zu erscheinen.
 Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Die Lokalverwaltung.

Achtung! Stellmacher. Achtung!
Große öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins u. Umg.
 am Sonntag, den 5. März, Vormittags 10 Uhr, Rosenthalerstraße 88.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Verlegung des Arbeitsnachweises
 von der Mulackstraße und welche Stellung nehmen die Stellmacher hierzu ein.
 4. Verschiedenes. 286/5
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Verein der Arbeiter u. Arbeiterinnen der
Buch-, Papier- u. Lederwaren-Industrie.
 Montag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Solz**, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag.
 2. Verschiedenes und Fragelasten. 119/3
Aufnahme neuer Mitglieder.
 Aufnahmen und Beiträge werden auch jeden Sonnabend
 Abend in folgenden Zahlstellen entgegengenommen: 1. Lenz, S. Alte
 Jakobstr. 69, 6-8 Uhr. 2. Thalmann, S. Wasserhorststr. 22, 6-8 Uhr.
 3. Grindel, S. Dredenerstr. 116, 7-9 Uhr (dieselbst ist auch die Bibliothek
 von 7 1/2-9 Uhr geöffnet). 4. Norbert, SW., Benthstr. 20-22, 8-10 Uhr.
 5. Reichert, SW., Friedrichstr. 34, 8-10 Uhr. 6. Henke, O., Blumen-
 straße 88, 8-10 Uhr. 7. Krüger, O., Gärtenstr. 10, 8-10 Uhr. 8. Gies-
 boitt, N., Boyenstr. 40, 8-10 Uhr. **Der Vorstand.**

Achtung! Filzschuh-Arbeiter! Achtung!
Sonntag, Vormittags 10 Uhr, bei Seefeldt, Grenadierstr. 33:
Öffentliche Versammlung
 aller in der
 Filzschuh-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung: 1. Der Streik bei Landsberger. 2. Verschiedenes.
 155/10 **Die Lohnkommission der Filzschuh-Arbeiter Berlins.**

Freie Volksbühne.
 Die Vorstellungen des Kuzenruber'schen Volksstücks „Das
 virile Gebot“ können für die 3. und 4. Abtheilung aus Gründen nicht
 stattfinden, die im nächsten Heft der Vereinszeitung „Die Volksbühne“
 genau auseinandergesetzt werden. Die nächste Vorstellung der 3. Abtheilung
 findet am 6. März, Nachm. 7 1/2 Uhr im „Festung-Theater“, statt, die der
 4. Abtheilung 8 Tage später.
 Da die im Februar für die 3. Abtheilung fällige Vorstellung am
 5. Februar, die für die 4. Abtheilung am 12. Februar stattgefunden hat, so
 muß vor den nächsten Vorstellungen der Beitrag für den Monat März ent-
 richtet werden. 389/6
 Herr Göpel hat seine Zahlstelle niedergelegt, da er seine Wohnung
 verändert; die Zahlstelle ist von Herrn Richard Schulz (Papierhandlung),
 SW., Ragnbachstr. 21 (vis à vis Göpel) übernommen worden.
 Beim Winterfest im „Feenpalast“ ist ein weißblaues Umschlagbuch ver-
 loren gegangen. Das Tuch ist gegen Belohnung abzugeben bei Bösch,
 Reichenbergerstr. 1, 4 Tr.

Uhren und Goldwaaren
 in solidester Ausführung
 billiger wie in jedem Laden
Georg Wagner,
 Uhrmacher,
 Oranienstrasse 63, 1 Treppe,
 nahe Moritzplatz.
 Bitte auf die Hausnummer zu achten!
 Eigene Werkstätte. Geegründet 1877.
 Spezialität: 3633L*
Feinste Schweizer Präzisions-Uhren mit Remontoir-Anzug.
 Nickel-Herren-Remontoir mit Emaille-Zifferblatt, Sekundenzeiger
 und Feigeregelung durch die Krone 9-12 M.
 Silberne Cylinder-Remontoir mit Goldrand, 6 Steine, 14, 16, 18,
 20 M. u. c.
 Goldene Damen-Remontoir 22,50, 25, 30 bis 120 M.
 Goldene Herren-Remontoir 45, 60, 72 240 M.
Massiv goldene Trauringe
 gefehlich gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Dufaten 15,50 M.,
 2 Dufaten 20 M., 14-tägig von 6 M., 8-tägig von 4 M. an.
Gold- und Silber-Schmucksachen
 in den neuesten Mustern u. reichhaltigster Auswahl, soweit sich
 dies mit solider Ausführung vereinbaren läßt, zu den allerbilligsten
 Preisen. Reparaturen gut und sehr billig.
1 Treppe, 63 Oranienstrasse 63, 1 Treppe.
 Illustrierte Preislisten gratis u. franco.

Musik-Instrumente.
 Größtes Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, allen
 Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. **Musik-**
werke zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterfedern).
 Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.
Aug. Kessler, 51. Bauhofstr. 51.

Tischlerverein.
 Heute Abend 9 Uhr, Melchiorstr. 15,
 Versammlung mit Damen.
 Tagesordnung:
 Vortrag des Herrn Dr. Fadel. —
 Abrechnung vom Maskenfest und Aus-
 gabe der Billets zur Urania. 391/10
Der Vorstand.

Rummelsburg.
Deff. Versammlung
 des
Arbeitervereins für
Rummelsburg u. Umg.
 am Sonnabend, 4. März, Ab. 8 1/2 Uhr,
 bei Herrn Borchmann, Hauptstraße 11.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn:
 Die Geschichte als Lehrmeisterin.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. 110/9
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung Vergolder!
 Den Kollegen zur Nachricht, daß sich
 meine Wohnung von heute, den 4. d., ab
Moabit, Hopfendorferstraße 14,
 befindet. 355/8
W. Sprenger.
 NB. Am Dienstag, den 7. März,
 lasse ich bei Strohmayer, Mariannen-
 platz 13. D. D.

Allen Freunden, Bekannten und Ge-
 nossen empfehle mein neu eingerichtetes
Weiß u. Vairischer Lokal. Für
 gute Speisen und Getränke ist bestens
 gesorgt. Vereinszimmer für 60 Per-
 sonen zu vergeben. **Otto Brückner,**
Schlegelstr. 14, früher Lothring-
straße 67. 1626b*

Empfehle nach wie vor mein ver-
 größertes Lokal, franz. Billard zc.
 dem verehrten Publikum. Vorwärts,
 Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen
 liegen aus. 3596L

M. Berndt,
 Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.
 mit Piano zu vergeben.
Clubzimmer Schulz, Prenzlauer
 Allee 224, Ecke Trebbowstraße. 37908*

Säle z. Berjamlg. u. Gesellschft.
 unentgeltlich (906b) Oranienstr. 180.
 Empfehle m. Werkzeuge für Töpfer,
 Maurer, Studateure, Former, Leder-
 arbeiter und Buchbinder. Schleiferei
 für Messer und Scheren. 1596b*
C. Raeder, Oranienstr. 37,
 zwischen Oranienplatz u. Adalbertstraße.

Elegante
Einsegnungs-
Anzüge
 in Jaquet-Haçon, blau u. schwarz,
 in nur guten Stoffen
 von 15 M. an.
Julius Lindenbaum,
 Berlin O., Frankfurterstr. 139.

Neueste und billigste
Uhrmacherei
 Berlins
 Verkauf z. Engrospreisen
 Silber Remontoir-Uhren v.
 13 M. an, goldene Damen-
 Remontoir, 14 lar. Gold,
 v. 22 M. an, Regulateure
 mit Schlagwerk, 14 Tage gehend, von
 15 M. an. Wecker von 2,50 M. an.
 Eine Uhr zu reinigen kostet nur
 1 M., bei allen Reparaturen wird der
 Preis vorher gesagt. **Mariann-**
Strasse 50, Ecke der Raunpstr. (früher
Raunpstr. 15 part.).
Otto Eleaser, Uhrmacher (Fachmann).

Für den Osten!
Kontrollmarken-Hüte
 bei **Franz Haupt**, Hutmacher,
 Nr. 145, Große Frankfurterstr. Nr. 145.
 Schirme, Mützen, Cravatten,
 Spazierstöcke. 8757L*

Arbeitsmarkt.
Glasschleifer
 für Buchstaben werden sofort für
 dauernde Arbeit gesucht. 1388M
Ottensen-Hamburg.
E. M. Petersen u. Co.

Xylographen
 für Conturschnitte finden Stellung bei
Rich. Böng,
 1630b Potsdamerstr. 88, IV.

Parteigenosse, prakt. Buchdr.,
 bekannt durch realistische Feuilletons,
 sucht Stellung als Redakteur.
 Offerten bitte an **Adolph**
Wagner, Chemnitz, Matthes-
straße 29, zu senden. 1616b

Gesucht Politurearbeiter v. d. Gold-
 leistenfabrik **Wagmann u. Waack,**
 Hamburg, 3. B. N. 1614b

Geschäfts-Auflösung.
 Mein seit 23 Jahren bestehendes
Herren-Garderoben-Geschäft
 löse ich vollständig auf und verkaufe **sämtliche Lager-**
bestände bedeutend **unterm Selbstkostenpreise.**
F. Meyerstein, Prinzenstraße 81,
 Ecke Stallchreiberstraße, am Moritzplatz.



G. Scharnow
Uhren- u. Goldwaaren-Fabrik
 Berlin S.,
 Oranienstr. 152, am Moritzplatz.
 2. Geschäft:
 Oranienstr. 47a, Ecke Ludowikstraße.
 besteht seit 1860. Anerk. beste Bezugsquelle
 Nickel-Remontoir-Uhren von 10-15 M.
 Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an
 Goldene Damen-Uhren v. 20 M. an
 do. Unker-Herren-Remo-
 ntoir-Uhren v. 50 M. an
 Regulateure v. 8 M. an
 do. in polirtem Nuss-
 baum-Gehäuse, ca. 1 Mtr.
 lang, 14 Tage gehend, . . v. 14 M. an
 Wecker-Uhren in verschied.
 Mustern v. 3,50 M. an

Für jede bei mir gekaufte Uhr übernehme eine schriftliche Garantie bis zu
 fünf Jahren.
Uhren u. Goldwaaren zu Originalfabrikpreisen.
 Bitte genau auf die alte Firma Oranienstr. 152 zu achten.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,
 Oranienstr. 83/84. 9331L

Jede Uhr
 zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut-
 gehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch), kleine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene
 Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine,
 von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat
 Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, 1. Geschäft: Androasstr. 62.
 2. Chausseestr. 78.
 3. Chausseestr. 34.
 Uhrmacher.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
 Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchen-
 möbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Berlin S.O.,
 Köpnickstr. 25.

Nur Hüte mit
Arbeiter-
Kontrollmarke
 führt das Hutgeschäft von
G. Knaake,
 Andreas-Str. 24.
 3773L*

Alle Uhren 3530L
 werden sauber und sorgfältig repariert
 unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
 Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,
 gegenüber der Danke-Kirche.
 Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Bitte lesen Sie!
 Jedem Genossen, der billig und gut
 kaufen will, empfehle mein sehr reich-
 liches Lager von ca. 1000 Sommer-Pale-
 tofs, 2000 Anzüge, sowie einzelne
 Röcke, Jaquets, Hosen, Westen zc.
 Ferner Uhren, Betten, Ringe,
 Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte,
 Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel zc.
 Sämtliche Sachen in alt und neu,
 auch werden verfallene Pfänder verkauft.

Steinmehlstraße 40,
 Ecke Gros-Gröbenstraße.
W. Wolff.
 Nur Hüte mit Kontrollmarken.
 Grosse Auswahl in Schirmen.

A. Wergien,
 Schneidermeister und Parthiewaaren-
 Händler, 8768L*
127 Skalitzerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden
 gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen
 und Hausnummer zu achten.

Cohn's
Hosen-Fabrik,
 7. Ballisadenstraße 7,
 und Wiltschakerstraße 16,
 verkauft, aus Resten gearbeitet, von
 jetzt ab noch billiger wie bisher: ein-
 zelne Leibchenhosen, Kniehosen, Burschen-
 hosen, Herrenhosen in Kasinett, Leder
 und Stoff nach Maß, in allen Größen
 und Weiten spottbillig. Auch einzelne
 Jacken, Jaquets, Knaben-Anzüge.
 Burschen-Anzüge, Einsegnungs-Anzüge
 u. s. w., auch Reste zu Hosen und
 Knaben-Anzügen 8785E*

Genossenschafts-Brot-
Schlegelstr. 28.

Marken z. quittieren von
Partei-
Beiträgen
 empfiehlt allen Genossen die
 Quittungsmarken und
 Kautschuk-Stempelfabrik
 von **Conrad Müller,**
 Fährteuh-Keypzig.
 Preisliste gratis und franko.

Den besten
Schmalzler
 aus echtem Brasil liefern
Schwarz & Co.,
 Tabakfabrik,
Nürnberg.
 8589G

Schuhe u. Stiefel
 mit Kontroll-Marke
 aus der **Schuh-Fabrik Erfurt.**
 Allen Genossen u. Freunden empfehle
 mein Schuh- u. Stiefel-Geschäft. Große
 Auswahl in Herren-, Damen- und
 Kinderstiefeln. Bestellungen nach Maß
 in kürzester Zeit. Reparaturen schnell
 und billig. **Louis Zaake,**
 8346L Rätliner Platz Nr. 8.

Zum
Roth. Cylinderhut
 Nur Hüte
 mit Arbeiter-Kontrollmarke.
 Größte Auswahl.
Stalitzerstraße 131, neben Feister
 und Rohmann.
im Laden. Wilhelm Zapel, Gutmacher.
 8633L*

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren,
 reelle Waare, solide Preise.
 Gange Ausstattungen in Mahagoni
 und Nussbaum. Küchenmöbel in gr.
 Auswahl empfiehlt 3389L
Julius Apelt,
Sebastianstr. 20 (früher 27/28)

Fleisch Detail-Verkauf
 4 nachstehenden Engros-
 Viehhofpreisen: Rind-
 fleisch 50-60 Pf., Kalbfleisch 50 bis
 60 Pf., Schweinefleisch 55-60 Pf.,
 Hammelfleisch 45-55 Pf.
Holzmarktstraße 19,
 Ecke Michaelkirch-Brücke.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Androasstr. 23. Sp